



Seite 3

BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Bayerisches BreitbandForum, 17. Oktober 2024,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

DLT-Jahrestagung im Kloster Seeon:

Landkreise in der Zeitenwende

„Wir Landkreise sollten uns gerade in schwierigen Zeiten als Stabilitätsanker in der Fläche begreifen. Es gilt, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu stärken. Von ihnen und uns hängt viel ab“, unterstrich DLT-Präsident Reinhard Sager bei der Jahrestagung des Deutschen Landkreistags in Kloster Seeon. Die Landrätinnen und Landräte müssten standhaft bleiben. „Sie sind auch Brückenköpfe der Demokratie und des Rechtsstaates“, betonte Sager, dessen Amtszeit als DLT-Präsident nach zehn Jahren endete.

Zu Sagers Nachfolger bestimmte die Mitgliederversammlung den Landrat des Neckar-Oden-

wald-Kreises Dr. Achim Brötel. Wichtig sei die Erkenntnis, dass Deutschland dezentral geprägt ist und die meisten, nämlich 57 Millionen Menschen, in der Fläche leben. Für diese müsse zualterer Politik gemacht werden.



Dr. Achim Brötel. Bild: DLT

Der Fürstfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin, seit Mai 2022 Präsident des Bayerischen Landkreistags, wurde einstimmig zum Vizepräsidenten des DLT wiedergewählt. Als weitere Vizepräsidenten fungieren die Landkreischefs Sven Ambrosy (Landkreis Friesland), Götz Ulrich (Burgenlandkreis), Anita Schneider (Landkreis Gießen, ab 28.11.2024) und Olaf Schade (Ennepe-Ruhr-Kreis, ab 16.11.2025).

Die Politik muss mehr liefern

„Die Politik muss mehr liefern, besser kommunizieren und darf sich nicht ständig verheddern im Klein-Klein. Dafür geht es um zu viel. In der Verunsicherung der Zeitenwende ist es umso mehr Aufgabe der Politik, Wege zu finden, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken“, stellte

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Gunzenhausen erwartet kommunale Entscheider

11. Bayerisches BreitbandForum am 17.10.2024
in der Stadthalle Gunzenhausen

Schnelles Internet, obwohl nicht als klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert, ist ein entscheidender Standortfaktor. Nur mit flächendeckenden, hochbitratigen Breitbandanschlüssen kann Bayern als Wettbewerbsstandort nachhaltig gestärkt werden. Und so liegt es letztendlich doch in der Verantwortung der kommunalen Entscheidungsträger, die bestmöglichen Lösungen zu finden, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und die Finanzierung sicherzustellen.

Das Bayerische BreitbandForum der Bayerischen GemeindeZeitung bietet seit 2013 eine Plattform für alle, die mit Breitbandthemen in bayerischen Kommunen und Behörden betraut sind. Seit 2024 ist der Bayerische Gemeindegeldrat, der als Spitzenverband die Interessen der 2.031 bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden vertritt, als Mitveranstalter an Bord. Am 17. Oktober 2024 findet die Veranstaltung in der Stadthalle Gunzenhausen statt.

Aktuelle Themen, wie die Reform der Bundesförderung, die im Rahmen einer Podiumsdiskussion erörtert wird, sowie ein neuer Musterbescheid für die Glasfasereinlegung in Straßen stehen in diesem Jahr im Fokus. Ergänzt wird das Programm durch Vorträge zum Breitbandausbau im ländlichen Raum, zu technischen Planungsfragen und zur nachhaltigen Gestaltung des Ausbaus.

Informationen über Forum, Fachmesse, Partner, Aussteller, Vorträge, Podiumsdiskussion und Programm:

www.bayerisches-breitbandforum.de

Eintrittspreise: Kommunale Vertreter: EUR 15,- zzgl. MwSt. Wirtschaftsvertreter: EUR 110,- zzgl. MwSt.

Anmeldungen:

www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung.

Traditionell wird das Forum durch ein **Schafkopfturnier** abgerundet. Sowohl erfahrene Spieler als auch Neulinge sind willkommen. Anmeldung bitte unter: www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier. Für Einsteiger werden separate Tische angeboten, sodass jeder teilnehmen kann.

Klausurtagung der CSU-Fraktion im Kloster Banz:

„Bayern – Stark. Sozial. Gerecht.“

Unter dem Motto „Bayern – Stark. Sozial. Gerecht.“ traf sich die CSU-Landtagsfraktion zur Herbstklausur im oberfränkischen Kloster Banz. Inhaltliche Schwerpunkte der Tagung waren unter anderem Sicherheit, Wirtschaft, Bildung und Pflege sowie der Austausch mit internationalen Gästen u.a. aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik.

Über die Gefahren des politischen Islam referierte im Fraktionsvorstand zunächst Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam. Die Abgeordneten beschlossen dazu die Resolution „Politischen Islamismus transparent machen und konsequent bekämpfen!“

Meldestelle nach österreichischem Vorbild

In Bayern will die CSU-Fraktion eine Meldestelle gegen Verschleppung und Zwangsheirat nach österreichischem Vorbild schaffen. Bevor bundesweit ein Schutzstatus gewährt werde, soll unter anderem künftig auch „ein Bekenntnis zu den Werten der Verfassung“ eingefordert werden. Darüber hinaus sollen in Deutschland nur noch Imame arbeiten dürfen, die hierzu ausgebildet worden sind. Um islamistischen Terrorismus besser bekämpfen zu können, müsse „endlich die allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen für einen begrenzten Zeitraum“ eingeführt werden. Für islamistische Organisationen, die der Verfassungsschutz beobachtet, dürfe es keine finanziellen Zuwendungen, Förderungen, Vertragsbeziehungen und Kooperationen geben. Zudem müsse die Negierung des Existenzrechts Israels künftig als Volksverhetzung strafbar sein.

Zukunftsfähige Bildung

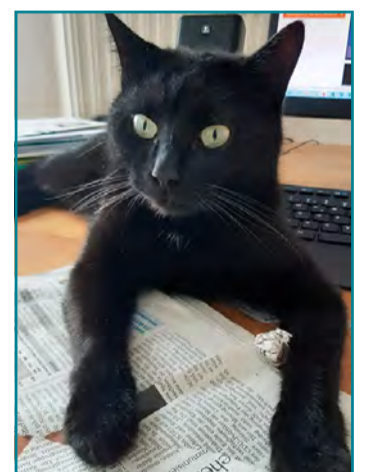
„Bildung der Zukunft“ lautete der Titel des Panels mit Dr. Petra Hiebl, Leiterin des Zentrums für Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt und Prof. Dr. Klaus Zierer, Ordinarius für Schulpädagogik, Universität Augsburg. Die Lehrerbildung zu reformieren, zukunftsfähige Antworten auf die Heterogeni-

tät der Schülerschaft zu finden und einen starken Fokus auf Demokratieerziehung zu richten wurden hier als zentrale Punkte diskutiert. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland, informierte über die Lage in seinem Land und die Gefahren für Europa, sollte Putin-Russland den Krieg für sich entscheiden.

Hightech auf Bayerisch

Im Anschluss diskutierten die Abgeordneten mit Tanja Gönnert, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., über den Industriestandort Deutschland. Um sich auch weiter im internationalen Wettbewerb behaupten zu können, müsse die Wirtschaft hierzulande die zentralen Themen Arbeitsplätze, Investitionen und Infrastruktur voranbringen. Dazu brauche es die richtigen politischen Rahmen-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Grüner Strom, Wärmepumpe und Elektromobilität: Die Blütenträume des Frühlings verfliegen wie jetzt das Laub der Bäume. Pino, der Rathauskater, prophezeit uns einen wirtschaftlichen „Herbst des Missvergnügens“.

Seite 19

DKG-Krankenhausgipfel:

Reformprozess am Tiefpunkt

Forderung nach tragfähigem Kompromiss zur Krankenhausreform

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat auf ihrem diesjährigen Krankenhausgipfel unter dem Motto „Die große Krankenhausreform – wie bringen wir sie gemeinsam zu einem guten Ende?“ betont, dass ein schneller und tragfähiger Kompromiss zur Krankenhausreform notwendig ist. Besonders wichtig sei dabei, dass der Bund die Bedenken der Bundesländer ernst nimmt und adäquat berücksichtigt.

Das Wegbrechen von für die Bevölkerung wichtigen regionalen Versorgungsangeboten durch den kalten Strukturwandel müsse sofort beendet werden. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verlässlichkeit der sozialen Daseinsvorsorge dürfe nicht verspielt werden, so die DKG. Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß bezeichnete die Lage zwei Jahre nach Ausrufung der Revolution in der Krankenhauspolitik als „trostlos“.

Wirtschaftslage der Krankenhäuser so schlecht wie noch nie

Wirtschaftlich stünden die Krankenhäuser so schlecht da, wie noch nie. Die Defizite seien in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, die Krankenträger müssten Personal entlassen und Versorgungsangebote streichen, um Insolvenzen und Standortschließungen zu vermeiden. Kommunen stützten ihre Krankenhäuser mit Milliardenbeträgen, ihnen fehle das Geld für andere Bereiche der kommunalen Tätigkeiten wie Schulen oder

Schwimmbäder. „Es gibt für die Kliniken und die Träger, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine positive Perspektive, anders als Minister Lauterbach immer wieder behauptet, auch nicht durch das KHVVG“, machte Gaß deutlich.

Auch inhaltlich sei der Reformprozess an einem Tiefpunkt angekommen. Fehlende Klarheit und Planungssicherheit kennzeichneten die derzeitige Situation. Niemand könne verlässlich prognostizieren, wie es mit dem eigenen Klinikstandort weitergeht. Investitionen und Zukunftspläne würden in Frage gestellt.

Destruktiver Streit und Drei-Punkte-Plan

„Aus politischer Perspektive ist der Streit zwischen Bund und Ländern destruktiv. Die gesamte Reform droht in dieser Legislaturperiode zu scheitern. Krankenhausversorgung ist ein entscheidender Teil der Daseinsvorsorge und für die Menschen im Land ein zentrales Thema. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass sich Bund und Länder

nach einer nunmehr zweijährigen Hängepartie endlich einigen und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass ihre Versorgung nachhaltig und qualitativ hochwertig gesichert wird“, stellte Gaß fest und verwies auf einen Drei-Punkte-Plan der DKG, der die zentralen Zielsetzungen der Krankenhausreform praktisch umsetzbar mache:

1. Alle Länder und der Bund vereinbaren, in einer ersten Phase bis Ende 2026 die Krankenhausplanung nach dem Konzept der nordrhein-westfälischen Krankenhausplanung umzusetzen. Damit gebe es bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen und die Einführung des Leistungsgruppenprinzips. Auf weiterführende Forderungen des Bundes wie Mindestzahlen, verschärfte Personalvorgaben, neue ergänzende Leistungsgruppen oder Einschränkungen bei den Kooperationen sollte in dieser ersten Phase verzichtet werden. Dazu gebe es weder Auswirkungen noch Erfahrungswerte und deshalb sollten diese Themen auch erst in einer weiterführenden Phase der Reform nach 2027 diskutiert und möglicherweise entschieden werden.

2. Beim Finanzierungsteil der Reform ist die Idee der Vorhalfinanzierung richtig. Aber so wie sie jetzt ausgestaltet sei, bleibe (Fortsetzung auf Seite 2)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerisches Kabinett: Neuerungen zum Schulstart in Bayern . . .	Seite 2
Herbstklausur der FW-Fraktion: Ruf nach ehrlicher Realpolitik . . .	2
Kinder in Gefahr!	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Erhalt der Lebensqualität durch Klimafolgenanpassung	3
Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität	3
Festakt 25 Jahre Senioren-Union	3
IT - Breitband - Digitalisierung	5 - 10
Arbeitsplatz Kommunen	11
Kommunale Energiethemen	12 - 16
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich:

Verstärkte Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität

Aufgriffszahlen auf weiter hohem Niveau – Mehr Personal für die Grenzpolizei
Spezialisierung bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften

Auch in diesem Jahr ist die Bayerische Grenzpolizei bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität voll gefordert. Bei einer ersten Zwischenbilanz für das laufende Jahr erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Die hochprofessionelle Arbeit unserer Grenzpolizei ist wichtiger denn je und sorgt für mehr Sicherheit! Illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und internationale Verbrecherbanden – der immer noch absolut desolate Schutz der EU-Außengrenzen ist leider ein großes Sicherheitsproblem.“

Vor allem seien weiterhin konsequente Kontrollen an deutschen Grenzen erforderlich. „Um die Kontrolldichte spürbar zu erhöhen, werden wir die Bayerische Grenzpolizei bis 2028 um weitere 500 auf dann insgesamt 1.500 Stellen verstärken“, betonte der Innenminister. Zudem setze die Bayerische Grenzpolizei auf eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, die ebenfalls im grenznahen Raum und an den Grenzen kontrolliert.

Eisenreich: Strafverfolger vernetzen sich

Die bayerische Justiz hat ihre Schlagkraft gegen die organisierte Kriminalität durch das bereits im April 2021 erfolgreich bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften eingeführte „Traunsteiner Modell“ weiter erhöht. Bayerns Justizminister Georg Eisenreich: „Organisierte Kriminalität macht vor Ländergrenzen nicht Halt. Die Täter gehen insbesondere bei Schleusungen teilweise skrupellos vor. Unsere Strafverfolger vernetzen sich mit Ermittlern aus dem Ausland, um an die Hintermänner der Verbrechen im In- und Ausland heranzukommen.“

Herrmann: 12.500 Fahndungstreffer

Laut Herrmann hatte die Bayerische Grenzpolizei von Januar bis einschließlich August 2024 34.478 Vorgänge zu bearbei-

ten (Vorjahreszeitraum: 36.710). Bei den Schleierfahndungskontrollen, den vorübergehenden Grenzkontrollen an der Landgrenze zu Österreich und Tschechien sowie bei den Grenzkontrollen an den bayerischen Flughäfen Nürnberg und Memmingen erzielten die Grenzfahrder in diesem Zeitraum 12.575 Fahndungstreffer (Vergleichszeitraum 2023: 14.973), beispielsweise weil ein Haftbefehl vorlag oder ein Fahrzeug wegen Diebstahl ausgeschrieben war.

Unter den Fahndungstreffern befanden sich 739 Personen, nach denen von Justizbehörden mit Haftbefehl gefahndet wurde (Vergleichszeitraum 2023: 950). Dazu kommt eine Vielzahl aufgedeckter Straftaten: Im Bereich der Waffen- und Sprengstoffdelikte waren das 615 Fälle (Vergleichszeitraum 2023: 645), im Bereich der Urkundendelikte 956 Fälle (Vergleichszeitraum 2023: 921), worunter beispielsweise Passfälschungen oder die missbräuchliche Verwendung von Ausweisen fallen. Im Bereich der Rauschgiftkriminalität stellten die Grenzfahrder 1.609 Fälle fest (Vergleichszeitraum 2023: 2.701). Der Rückgang dürfte laut Herrmann vor allem in der Legalisierung von Cannabis in Deutschland begründet sein.

Fachliche Spezialisierung

Das von der Justiz etablierte „Traunsteiner Modell“ zeichnet sich aus durch hohe fachliche

Spezialisierung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, starke Vernetzung mit den Dienststellen von Bayerischer Grenzpolizei und Bundespolizei und eine enge Zusammenarbeit mit grenznahen Staatsanwaltschaften der Nachbarländer, mit Eurojust und Europol. Eisenreich: „Bayern hat seine Schlagkraft gegen das organisierte Verbrechen erhöht und von 2018 bis 2021 das sogenannte ‘Traunsteiner Modell’ erfolgreich bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften eingeführt. Die Spezialstaatsanwälte ermitteln an Bayerns potenziellen Einfallstoren der internationalen Kriminalität. Die Staatsanwaltschaft Traunstein hat Pionierarbeit geleistet. Der Freistaat stärkt seit Jahren die Justiz und vor allem die Staatsanwaltschaften. Die Justiz erhält in den Jahren 2024/2025 350 zusätzliche Stellen. Ich bin froh, dass wir insbesondere 120 neue Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schaffen. Wir haben dann über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Staatsanwaltschaft Traunstein erhält acht zusätzliche Stellen und schafft damit u.a. eine zusätzliche Abteilung für Schleuserverfahren.“

Hilfe bei illegaler Migration

Auch bei der Eindämmung der illegalen Migration leistet die Bayerische Grenzpolizei nach Herrmanns Worten einen wichtigen Beitrag. So gelang es den bayerischen Fahndern an der Grenze zu Österreich in diesem Jahr bislang 888 Fälle unerlaubter Einreisen festzustellen (Vorjahreszeitraum 2023: 1.281) und an der Grenze zu Tschechien 499 Fälle (Vorjahreszeitraum 2023: 483). Zudem haben bayerische Grenzpolizisten 104 Schleuser festgenommen (Vorjahreszeitraum 2023: 160). „Der aktuel-

ler Rückgang der hohen Fallzahlen im illegalen Migrationsgeschehen bedeutet leider noch keine Trendwende“, stellte der Innenminister fest. „Die nach dem schrecklichen Solinger Anschlag angekündigten Maßnahmenpakete der Bundesregierung zur Eindämmung der illegalen Migration müssen nicht nur schnellstmöglich umgesetzt, sondern insbesondere deutlich ausgebaut werden.“ Mit Blick auf den mangelhaften Schutz der EU-Außengrenzen und auch darauf, dass Mitgliedstaaten wie Italien sich beharrlich weigern, Asylbewerber im Dublin-Verfahren zurückzunehmen, erklärte Herrmann: „Das sind schwere Verstöße gegen geltendes europäisches Recht. Die Bundesregierung fordere ich auf, die Bundespolizei endlich anzuweisen, Personen auch dann an den Binnengrenzen zurückzuweisen, wenn sie ein Asylersuchen äußern. Denn Flüchtlinge an den deutschen Landgrenzen kommen ausnahmslos aus sicheren Drittstaaten.“

Menschen ernstnehmen in ihrer Lebenswirklichkeit

Klar bestärkt hat CSU-Generalsekretär Martin Huber die Mitglieder der Senioren-Union in ihrem Bestreben, „dass die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit ernst- und wahrgenommen werden.“ Es gelte den Kompass der Politik auszurichten an einem christlichen Menschenbild. Dabei geht es nach Huber keineswegs nur um tagespolitische Unterschiede; vielmehr gehe es auch um grundsätzliche, fundamentale Unterschiede. „Es geht darum, um unserem christlichen Menschenbild heraus zu sagen was uns ausmacht. Die Personalität, die Solidarität, die Subsidiarität als Grundpfeiler der christlichen Soziallehre sind doch auch die Pfeiler unserer Wirtschafts- unserer Arbeitsmarkt- unserer Sozialpolitik. Gerade bei unseren Unterschieden im Grundsätzlichen merken wir ganz klar, dass die Ampel auf einem völlig falschen Dampfer ist“, äußerte Huber. **aha**

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

die Hiobsbotschaften über Starkregen und Hochwasser, Hitzeperioden und Trockenheit ereilen uns seit einiger Zeit in immer kürzeren Abständen. Freilich gab es das auch früher schon. Doch Häufigkeit und Intensität solcher Extremwetterereignisse nehmen zu. Dass dies eine Folge des Klimawandels ist, daran zweifelt mittlerweile wohl (fast) niemand mehr.

Das Thema Klimawandel ist beileibe kein neues. Erste Studienergebnisse zu den heutigen klimatischen Veränderungen gab es bereits vor über 50 Jahren. Dennoch wurde lange nur wenig gegen den Treibhausgasereignis unternommen. Auch deshalb rückt nun zunehmend die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Fokus.

Erhalt der Lebensqualität durch Klimafolgenanpassung

Der menschengemachte Klimawandel ist real. Seine Auswirkungen sind vielfältig und wir bekommen sie alle zu spüren: durch gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schäden an Infrastruktur und Transportwegen, Ertragsausfälle in der Landwirtschaft, Artenwandel und Artensterben, Bodenerosion und vieles mehr.

Ein „weiter so“ können wir uns nicht mehr erlauben. Maßnahmen, um den Klimawandel zu verlangsamen, sind unverzichtbar und wir alle müssen etwas dazu beitragen. Seit einiger Zeit ergänzt jedoch eine weitere Säule den globalen Umgang mit dem Klimawandel: die Klimafolgenanpassung.

Maßnahmen zur Vorsorge und Anpassung an die Folgen des Klimawandels tragen dazu bei, die Lebensqualität für uns alle zu erhalten und zu verbessern. Indem wir in Klimaanpassung investieren, schaffen wir die Grundlage für eine weiterhin lebenswerte Gemeindeinfrastruktur, für den Erhalt der Gesundheit, Lebensqua-



lität und das Wohlbefinden von uns allen. Den Landkreisen und Kommunen kommt hier eine zentrale Rolle zu. Denn die Folgen des Klimawandels betreffen nahezu alle kommunalen Handlungsfelder, wie beispielsweise die Stadt-, Grün- und Entwässerungsplanung, die Verkehrswegeplanung, die Wald- und Forstwirtschaft oder die Gesundheit. Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene.

Um dieser Verantwortung nachzukommen und den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen, gehen wir im Landkreis München das Thema strategisch an und erstellen bis Ende des Jahres 2025 ein landkreisweites Konzept zur Anpassung an den Klimawandel. Mit seiner Hilfe sollen anschließend gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Im Rahmen des Konzepts, dessen Erstellung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert wird, werden diejenigen Themenbereiche und Kommunen im Landkreis München identifiziert, die besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Darauf aufbauend sollen gezielte Maßnahmen zur Risikominderung entwickelt und der Landkreis so widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Dürre, Starkregen und anderen klimatischen Extremen gemacht werden.

Unser Ziel ist es, eine nachhaltige Strategie zur Klimaanpassung zu entwickeln, die langfristig Bestand hat und nicht nur reagiert. Wir wollen die Anpassung an Auswirkungen des Klimawandels aktiv gestalten und vorausschauend lenken, damit unser Landkreis auch in Zukunft ein lebenswerter Ort für die jetzige und nachfolgende Generationen bleibt.

Je mehr Kommunen und Landkreise sich diesem Ziel anschließen und Taten folgen lassen, umso wirkungsvoller werden die Ergebnisse sein. Packen wir's also an!

Mit den besten Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPv Bayern
Landrat des Landkreises München

Bundeskonferenz Gleichstellungsstellen in Würzburg:

Wie begegnen Kommunen weiblichen Armutsrisiken?

Einen würdigen Rahmen für den 40. Geburtstag der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bot das CCW in Würzburg für etwa 500 Gäste. Das Thema der Konferenz: Armut. Weibliche Armut.

Frauen haben im Schnitt immer noch weniger Einkommen und deutlich niedrigere Altersrenten als Männer. Alleinerziehende, Migrantinnen und Frauen mit Behinderungen sind besonders von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern die Politik in Bund und Ländern auf, gezielte Maßnahmen umzusetzen und entsprechende Gesetze zu verabschieden. Bundesfrauenministerin Lisa Paus: „In Deutschland sind Frauen jeden Alters stärker armutsgefährdet als Männer. Und mit zunehmendem Alter wird der Unterschied immer größer. Das ist buchstäblich ein Armutszeugnis für unser Land!

Schon im jungen Alter werden die Weichen für Armutsgefährdung im Alter gestellt: Frauen sind – insbesondere ab dem 30. Lebensjahr – weniger erwerbstätig als Männer. Und das oft unfreiwillig. Viele treten mit Geburt des ersten Kindes beruflich kürzer, weil die Sorge für Kinder, Haushalt und manchmal auch Pflegebedürftige weitgehend auf ihren Schultern liegt. Verlässliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter fehlt noch immer an vielen Orten. Vielen Frauen bleiben langfristig in der reduzierten Stundenzahl. Flexible Arbeitszeitmodelle sind

zu selten Standard, die Stundenzahl aufzustocken trifft auf Widerstand, Führen in Teilzeit wird abgelehnt. Das Ergebnis sind kleinere Einkommen, weniger Chancen im Job und schlechtere Absicherung im Alter. Zu viele Frauen werden so auf Dauer wirtschaftlich abhängig.

Wirtschaftliche Eigenständigkeit der Einzelnen benötigt deshalb mehr Aufmerksamkeit! Hindernisse etwa im Steuerrecht sollten abgebaut, flexible Arbeitszeitmodelle und Führen in Teilzeit gestärkt werden. Ziel muss es sein, ökonomisch auf eigenen Beinen zu stehen, auch wenn sich das Leben ändert – für Frauen wie Männer. Daran müssen wir bestehende Strukturen messen. Wirtschaftliche Eigenständigkeit schützt vor Armut und sie eröffnet Freiräume für Selbstbestimmung!

Bayerns Sozialministerin und Frauenbeauftragte der Staatsregierung Ulrike Scharf betont: „Altersarmut trifft vor allem Frauen. Ein eigenes Einkommen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine solide Altersvorsorge und finanzielle Bildung dürfen keine Wunschvorstellungen bleiben. Das sind die Grundlagen, um Armut bei Frauen zu verhindern.“ Um einer ungleichen Geschlechterökonomie entgegenzuwirken wird u.a. die Abschaffung des Ehegattensplittings gefordert. <https://www.gleichberechtigt.org/>

Festakt 25 Jahre Senioren-Union:

Mit Erfahrung Zukunft gestalten

„Die Senioren-Union ist der politische Anwalt der Interessen der Seniorinnen und Senioren – wir sind ihre Stimme innerhalb unserer CSU wie auch in der Gesellschaft“, erklärte Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU, Staatssekretär a.D. und Altlandrat, anlässlich des Festakts „25 Jahre Senioren-Union der CSU“.

Dafür waren in die CSU-Landesleitung nach München zahlreiche prominente Gäste gekommen; allen voran Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein, der ebenso ein Grußwort sprach wie der Ehrenvorsitzende der Senioren-Union, Minister a.D. Dr. Thomas Goppel, der österreichische Bundesratspräsident Mag. Franz Ebner, CSU-Generalsekretär Martin Huber, der Abt des Klosters Scheyern, Markus Eller, Pfarrer Simon Döbrich aus Starnberg, Claus Bernhold, Stellvertreter der Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU und Nicola Gehring, Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union. Den Festvortrag hielt Prof. Sigmund Gottlieb, ehemaliger Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens.

Anwalt der älteren Generation

„Unser Festakt zum 25-jährigen Bestehen ist ein Meilenstein, der vor allem deutlich machen muss, wie wichtig die Rolle und das Mandat der Senioren-Union sind“, erklärte Meyer. „Die Senioren-Union ist der politische Anwalt der Seniorinnen

und Senioren.“ Der älteren Generation eine deutliche Stimme zu geben, sei innerhalb der CSU ebenso wichtig wie in der Gesellschaft. Die Erwartung eines harmonischen Lebensabends sei durch Eingriffe der Berliner Ampel-Koalition immer mehr infrage gestellt. Die Anerkennung der Lebensleistung der älteren Menschen fehle und deren finanzielle Grundlagen seien gefährdet.

Bayern- und bundesweite Aufmerksamkeit

Gerade in der Gesundheitspolitik orientiere sich die Berliner Regierung an rot-grünen Ideologien, die die flächendeckende medizinische Versorgung und die Bezahlbarkeit von Pflegeplätzen aufs Spiel setzen. „Vom Leben im ländlichen Raum hat man in Berlin keine Ahnung“, mahnte der Landesvorsitzende. „In der bayerischen Politik und in der CSU haben wir mit hartnäckigem Einsatz erreicht, dass die Aufmerksamkeit für unsere Altersgruppe gewachsen ist“, ist sich Meyer sicher. „Auch nehmen wir zu vielen aktuellen Fragen Stellung und finden mit un-

Wie das LDBV Bayerns digitale Zukunft gestaltet

GZ-Interview mit Daniel Kleffel,
Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Am 1. Januar 2023 haben die rund 3.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts und der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV/ÄDBV) einen neuen Chef bekommen. Dipl.-Ing. Daniel Kleffel, der zuvor das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) geleitet hat, folgte auf den bisherigen Präsidenten Wolfgang Bauer, der als Leiter der Abteilung VII „Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wechselte. Im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung, erläutert Daniel Kleffel wie das LDBV durch den Ausbau von Glasfaser, die Bereitstellung von Geodaten und innovative Cloud-Dienste die bayerischen Kommunen unterstützt. Er spricht über die Herausforderungen des Breitbandausbaus, die Bedeutung von IT-Sicherheit und die Chancen, die Künstliche Intelligenz für die Staatsverwaltung bietet.

GZ: Digitalisierung, Vermessung, Breitband: Welche Rolle spielt das LDBV bzw. die ÄDBV in der Modernisierung und Vernetzung der digitalen Infrastruktur Bayerns? Welche Dienstleistungen bieten Sie den bayerischen Kommunen?

Daniel Kleffel: Wir sind mit mehr als 220 Jahren eine der ältesten Verwaltungen des Freistaats, seit vielen Jahren aber auch der Treiber von Digitalisierung in Bayern. Das beginnt bei der physischen Infrastruktur – Stichwort Glasfaser – und führt hin zu den IT-Basisdiensten, Cloud und KI im IT-DLZ (IT-Dienstleistungszentrum Anm. d. Red.; Teil des LDBV) als Arbeitsgrundlage der Verwaltungen in Bayern.

Entscheidend ist eine gigabitfähige Infrastruktur, als Grundlage für alle weiteren Digitalisierungsmaßnahmen. Hier ist unser Bayerisches Breitbandzentrum in Amberg zentraler Ansprech-

partner für den geförderten Glasfaserausbau in Bayern. Als Breitbandmanagerinnen und -manager sind die Leitungen unserer Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in jedem bayerischen Landkreis vertreten und stehen im ständigen Austausch mit den dortigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der Gemeindeverwaltung. Sie begleiten die Kommunen durch die Förderverfahren. Gerade für kleinere Gemeinden mit knappen Personalressourcen ist diese kostenfreie Beratung und Begleitung durch die Förderverfahren eine große Hilfe.

Darüber hinaus sind z.B. das Bayerische Behördennetz, der Antragsmanager, das BayernPortal oder die Geodateninfrastruktur Bayern hochwertige Infrastrukturdienste für die Digitalisierungsaufgaben der Kommunen. Die Geodateninfrastruktur etwa schafft die technischen und orga-

nisatorischen Voraussetzungen für die Verfügbarkeit von Geodaten u.a. für die Verwaltungsebenen. Das inzwischen sehr engmaschige BayernWLAN bietet Konnektivität für alle.



Daniel Kleffel.

Bild: LDBV

Der BayernAtlas bietet in seiner freien und in der Plus-Version einen schnellen Blick in alle verfügbaren amtlichen Geodaten Bayerns. Er liegt im Übrigen in neuer Version im Beta-Stadium vor und wir laden alle ein, Rückmeldungen zur Beta-Version zu geben.

Auch Cloud-Dienstleistungen unseres IT-Dienstleistungszentrums, wie z. B. die „BayernBox“, erleichtern Kommunen die Arbeit: Über die digitale Datenaustauschplattform lassen sich große Datenmengen schnell, einfach und sicher austauschen.

IT-Sicherheit ist ein wichtiges

Stichwort: Die Bedrohungslage wird zunehmend komplexer und für einzelne Kommunen schwer zu beherrschen. Die Nutzung von zentral angebotenen Diensten und die Bündelung von IT-Know-How durch Zusammenarbeit sind hier Lösungsmöglichkeiten.

Bundesfördermittelkürzung Breitbandausbau

GZ: Ende Juli wurde bekannt, dass der Bund, der für den Breitbandausbau zuständig ist, seine laufenden Mittel drastisch kürzen werde. Zudem ist unklar, welche Fördermittel ab 2025 zur Verfügung stehen werden. Wird 2024 das Jahr der unbequemen Wahrheiten in Bezug auf den Breitbandausbau? Wie ist die aktuelle Lage und welche Antworten hat Bayern darauf?

Kleffel: Die Kürzungen der Mittel durch den Bund bei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben sind ein verheerendes Signal und wirklich schlechte Nachrichten für den Gigabitausbau im ländlichen Raum sowie für die betroffenen Kommunen. Über die konkrete Ausgestaltung der Bundesfördermittel in 2024 und 2025 stimmt sich das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat derzeit mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr ab. Dem Ergebnis dieses Prozesses möchte ich nicht vorgehen.

Bayerns Ziel ist selbstverständlich nach wie vor der flächendeckende Gigabitausbau zu jedem Wohngebäude und zu jedem Gewerbebetrieb in Bayern. Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen hier seit vielen Jahren mit sehr viel staatlichem Geld, obwohl die Verantwortung für die digitale Infrastruktur nach dem Grundgesetz

vom Bund wahrzunehmen ist.

Kommunen im Fokus

GZ: Sie haben diverse Stationen in der Bayerischen Vermessungsverwaltung durchlaufen und anschließend das LSI, das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie, mit aufgebaut, bevor Sie zurückkehrten. Gibt es Schnittstellen zwischen diesen beiden Ämtern?

Kleffel: Die sich bisher stellenden Aufgaben waren stets mit ingenieurmäßigem Denken, Freude am Umgang mit Menschen und einem großen Interesse an digitalen Lösungen lösbar – egal ob bei der Arbeit am Vermessungsamt, am Finanzministerium, am LSI oder am LDBV. Der Aufbau des LSI von 2017 an machte die hohen Anforderungen noch deutlicher, die sich im ständig wachsenden Gefahrenpotential durch IT-Angriffe gerade auch im IT-DLZ stellen. Am LSI standen mir – wie ich es in der Vermessungsverwaltung vom ersten Tag an gelernt hatte – die Kommunen als ganz besonders wichtige Kunden und Partner im Fokus. Und nicht zuletzt die Gewinnung von qualifiziertem IT-Personal war und ist an beiden Ämtern eine wichtige Aufgabe.

GZ: Ende Juli wurde bestätigt, dass China vor drei Jahren einen Hackerangriff auf das Bundesamt für Kartographie verübt hat. Warum war das Bundesamt für Kartographie von besonderem Interesse?

Kleffel: Über die Gründe des Angriffs auf das BKG möchte ich nicht spekulieren.

GZ: In Bezug auf die Digitalisierung: Worauf sollte eine bayerische Kommune unbedingt achten und welche Maßnahmen sollten bereits abgeschlossen sein?

Kleffel: Bayerns Kommunen ha-

ben die Digitalisierung ihrer Verwaltungsleistungen mit großem Engagement vorangetrieben. Gleichzeitig stellt die beschleunigte digitale Transformation Kommunen auch vor große Herausforderungen. Bestehende Strukturen, Prozesse und IT-Lösungen müssen auf Optimierungspotenzial geprüft und, wo nötig, behutsam, aber entschlossen fortentwickelt werden.

Angesichts zunehmender Cyberangriffe muss die IT-Sicherheit dabei höchste Priorität haben. Das Bayerische Behördennetz bietet als wichtige Grundlage höchstmögliche Ausfallsicherheit, einen gesicherten Internetübergang, sowie viele weitere Sicherheitskomponenten. Wir wollen daher die noch verbliebenen Kommunen baldmöglichst davon überzeugen, sich an unser Bayerisches Behördennetz anzuschließen, damit auch sie noch mehr vom umfassenden Schutz durch das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik profitieren.

Nicht nur im Bereich der IT-Sicherheit haben die Nutzung zentraler Lösungen und interkommunale Zusammenarbeit große Vorteile.

GZ: Stichwort „Künstliche Intelligenz“: Fluch oder Segen?

Kleffel: Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz bietet viele Potenziale – in fast jedem professionellen Umfeld. KI-Algorithmen bieten schon heute oft die schnellste Möglichkeit, mit den explodierenden Datenmengen umzugehen und zielgerichtete Auswertungen zu erstellen. Wir befassen uns im LDBV, insbesondere das IT-DLZ aber auch im Geobereich, deshalb sehr intensiv mit unterschiedlichen Anwendungen von KI, um Kompetenz aufzubauen, uns diese neue Techno-

(Fortsetzung auf Seite 6)

T Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



www.telekom.de/glasfaser

Gigabitausbau in Bayern:

Planungssicherheit für Kommunen

„Jeder Meter neues Glasfaserkabel zählt: Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Der Freistaat Bayern engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv, um eine bestmögliche Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den ländlichen Regionen zu ermöglichen. Seit 2014 haben wir im Rahmen der Bayerischen Gigabitförderung insgesamt bereits über 2,5 Milliarden Euro investiert, damit werden über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt“, berichteten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sowie Staatssekretär Martin Schöffel bei der Übergabe zahlreicher Förderbescheide.

So wird die Stadt Marktredwitz beim Breitbandausbau mit über 5,8 Millionen Euro tatkräftig unterstützt. Damit werden weitere 1.030 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Die oberfränkische Kommune beteiligte sich bereits am Ausbau nach der Bayerischen Breitbandrichtlinie sowie der Förderung der Glasfaserausbauelemente an öffentlichen Schulen, Plankrankenhäusern und Rathäusern. Im Rahmen aller Programme wurden Marktredwitz insgesamt über 6,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Förderbescheide für Scheßlitz und Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg

Die Stadt Scheßlitz wird beim Breitbandausbau mit über 2,36 Millionen Euro tatkräftig gefördert. Damit werden weitere 490 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Programme wurden Scheßlitz insgesamt über

3,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt. Auch in der Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg wird der Gigabitausbau massiv vorangebracht. So fördert der Freistaat die Stadt Gräfenberg und den Markt Hiltpoltstein mit insgesamt über 5,9 Millionen Euro. Damit werden weitere 1.401 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Die Gemeinde Weißenhohe hatte bereits im Februar 2022 einen Bescheid über 1.844.534 Euro erhalten. Im Rahmen aller Programme wurden der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt bereits rund 9,2 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Neunburg vorm Wald

Auch der Glasfaserausbau in der Oberpfalz geht mit Hochgeschwindigkeit voran. Der Freistaat unterstützt die Stadt Neunburg vorm Wald mit 1,65 Millionen Euro. Damit werden weitere 806 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden Neunburg vorm Wald insgesamt bereits über 4,6 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

higer Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden Neunburg vorm Wald insgesamt bereits über 4,6 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Verwaltungsgemeinschaft Mainburg

Darüber hinaus wird die Verwaltungsgemeinschaft Mainburg (Niederbayern) mit den vier Gemeinden Aigsbach, Attenhofen, Elsendorf und Volkenschwand beim Glasfaserausbau mit 6,9 Millionen Euro unterstützt. Damit werden weitere 1.726 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt bereits über 10,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

70 Prozent der bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat – als erste Region in der Europäischen Union – den Weg dafür geebnet, den Glasfaserausbau auch dort zu fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue Flecken). Bislang sind schon über 1.440 Gemeinden in das Förderverfahren eingestiegen, rund 785 Millionen Euro Fördermittel wurden den Kommunen über

die Gigabitförderung bereits zugesagt. 70 Prozent aller bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es 80 Prozent sein. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit. Aktuell verfügen bayernweit bereits über 99 Prozent der Haushalte über schnelles Internet gemäß EU-Definition (über 30 Mbit/s). Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und den Umfang der Fördergebiete.

Bund verspielt digitale Zukunft

Im Gegensatz zu Bayern verspielt der Bund laut Füracker die digitale Zukunft. Nachdem bereits das versprochene Gesamtfördervolumen für den Glasfaserausbau mitten im Förderauftrag 2024 von 3 Milliarden um rund ein Drittel zusammengestrichen wurde, bewahrheitete sich die nächste Hiobsbotschaft für Bayerns ländlichen Raum: „Der Bund hat nochmals klargestellt, dass für 2025 deutschlandweit voraussichtlich nur noch eine Milliarde an Glasfaseraufwänden bereitsteht – ein drastischer Fehler bei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben überhaupt und ein erneuter herber Schlag für alle bayerischen Kommunen! Statt sich endlich der notwendigen Prioritätensetzung von Zukunftsinvestitionen zu stellen, opfert die Ampel Deutschlands digitale Zukunft lieber auf dem Altar des selbst verschuldeten Haushaltsstreits“, betonte der Minister.

Fördervolumen erhöhen, Planungssicherheit schaffen

Füracker weiter: „Die Bundesregierung muss ihrer grundgesetzlich verbürgten Verantwortung für die digitale Infrastruktur endlich gerecht werden, das Fördervolumen deutlich erhöhen und nach jahrelanger Unbeständigkeit Planungssicherheit für alle Akteure schaffen. Unsere Kommunen haben durch ihr Engagement bereits letztes Jahr einen tatsächlichen Bedarf nach Bundesmitteln in Milliardenhöhe allein für Bayern klar verdeutlicht. Trotz ihrer vorbildlichen Annahme der Förderaufträge lässt der Bund Bayerns Kommunen seit 2022 ununterbrochen im Stich. Damit das kommunale Interesse am Glasfaserausbau nicht endgültig verloren geht, werden wir den Bund weiter mit allen Mitteln zur Wahrnehmung seiner Verantwortung für den Digitalstandort Deutschland auffordern.“

Das Grundgesetz zeichnet den Bund für den Breitbandausbau verantwortlich. Der aktuellen Bundesregierung gelinge es aber bereits das dritte Jahr in Folge nicht, ein zuverlässiges Glasfaserausbauprogramm aufzulegen: Nach einem sofortigen Förderstopp wegen fehlender Haushaltsmittel im Oktober 2022 habe der Bund sein Förderprogramm 2023 erheblich unterdimensioniert. Obwohl von bayerischen Kommunen 1,6 Milliarden Euro an Fördergeldern beantragt wurden, konnten nur 585 Millionen Euro Bundesmittel bewilligt werden.

Ende Juli habe die Bundesregierung angekündigt, die Mittel zur Glasfaserausbauförderung für 2024 erneut im laufenden Verfahren massiv zu kürzen, so dass statt der bereits versprochenen 460 Millionen Euro nur noch 295 Millionen Euro für Bayerns Kommunen zur Verfügung stehen.

515 bayerische Gemeinden – rund ein Viertel aller Gemeinden in Bayern – hätten sich bislang am Förderauftrag 2024 des Bundes beteiligt und seien so von der plötzlichen Kürzung

Wie das LDBV...

(Fortsetzung von Seite 5)

logie nutzbar zu machen und so die Anforderungen unserer Kunden, aber auch eigene Fachaufgaben erfüllen zu können. Das IT-DLZ wird eine zentrale Rolle beim KI-Einsatz in der Staatsverwaltung einnehmen. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist für die Technologie grundlegend. KI ist viel stärker ein technisches Thema, als wir dies von der klassischen Verwaltungsdigitalisierung gewohnt sind.

Einsatzbereiche von KI sehen wir u.a. bei der Bilderkennung, der Klassifikation von Dokumenten oder der Einrichtung von Chatbots. Aktuelle Projekte setzen beispielsweise die Bereitstellung einer sicheren KI-Lösung zur internen Anwendung in der Staatsverwaltung oder die Einrichtung von Chatbots zur bürgerefreundlichen Kommunikation auf Webseiten um. Zu berücksichtigen sind dabei natürlich die Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit.

Im Geobereich wenden wir schon seit Jahren KI-Algorithmen zur Detektion von Neubauten in Luftbildern an. Heute Nachmittag starten wir gemeinsam mit Herrn STM Füracker an der OTH Amberg-Weiden ein Forschungsprojekt, um KI-gestützt Daten zur Fortführung der topographischen Datenbanken aus Bildern zu erkennen. Diese Algorithmen sollen auch bei unserer Satellitenmission, die kommenden Jahr mit dem Start der 5 Cubesats in die heiße Phase gehen wird, eingesetzt werden.

GZ: Kommunen verfügen über den Rohstoff unseres Zeitalters: Daten. Sollten sie diese Daten monetarisieren?

Kleffel: Die Frage deckt ein weites Feld an denkbaren Datenbeständen ab. Daher kommt es darauf an, über welche Daten man genau spricht. Kommunen verwalten und speichern sehr viele schützenswerte Daten, beispielsweise Adress- und Ausweisdaten, Daten aus Gemeindesteuern, Beiträgen usw. Hier stehen selbstverständlich der Datenschutz und die IT-Sicherheit an oberster Stelle. Eine Monetarisierung dürfte mit dem Datenschutz schwer vereinbar sein.

Wenn ich als ein Beispiel allerdings noch die Geodaten nennen darf, ist festzustellen, dass wir als Vermessungsverwaltung mit der einfachen und inzwischen meist völlig kostenfrei Bereitstellung unserer Daten – Stichwort „Open Data“ – sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Die Daten werden zahlreich nachgefragt und genutzt, innovative Anwendungen werden ermöglicht. Natürlich sind eventuelle gesetzliche Restriktionen bei der Bereitstellung der Daten, gerade auch was den Schutz von kritischen Infrastrukturen betrifft, zu berücksichtigen.

Ein Beispiel zu freien Geodaten: Die von den Kommunen beschil- derten Wanderwege werden in

den Karten der Vermessungsverwaltung mit ihrer jeweiligen Bezeichnung übernommen, sowohl in digitalen Angeboten als auch in Druckausgaben.

Ein Verzicht auf Gebühren entlastet auch die Verwaltung und kann zu einer positiven Wahrnehmung führen, wenn die Daten leicht nutzbar und ausreichend Informationen und Beratung verfügbar sind.

GZ: Ist der Beruf des Geodäten zukunftssicher?

Kleffel: Der Beruf des Geodäten ist außerordentlich zukunftssicher. Die Arbeit der Geodäten wird zunehmend wichtiger für die Gesellschaft, da sie u.a. die Grundlagen für Navigation und Geoinformation liefert.

Dabei nutzen sie nicht nur klassische Vermessungsinstrumente, sondern auch Satelliten- und Luftbilder, aus denen sich mittlerweile eine Vielzahl auch dreidimensionaler Informationen ableiten lassen. So können beispielsweise Überschwemmungsgebiete oder Standorte von Windenergieanlagen genau berechnet werden.

Speziell im öffentlichen Bereich sichern die Geodäten mit ihrer Arbeit das öffentliche Register aller Grundstücke und Gebäude und bilden die Grundlage zum Nachweis von Immobilieneigentum. Die Ausbildung hat auch eine starke rechtliche Komponente. Geodäten sind Baurechtsexperten – nicht nur im Bauplanungsrecht, sondern gerade auch im Bereich von Baulandumlegungen, einer Dienstleistung, die wir seit vielen Jahren den Kommunen anbieten und so schon viele Bauplanungspläne realisiert haben.

Für diese und weitere Aufgabenfelder werden in der Bayerischen Vermessungsverwaltung ebenso wie bei vielen anderen privaten und öffentlichen Arbeitgebern Geodäten weiterhin dringend benötigt, sowohl in Ausbildungsberufen als auch nach einem Studium mit Bachelor- oder Masterabschluss.

GZ: Gibt es noch etwas, das Sie unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchten?

Kleffel: Meine inzwischen zahlreichen Stationen in der Vermessungs- und Digitalisierungsverwaltung mit den vielen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunen bestätigen immer wieder, dass wir als gesamte öffentliche Verwaltung digital gut aufgestellt sind. Den weiter wachsenden Anforderungen können wir mit mehr Zusammenarbeit, der Nutzung zentral bereitgestellter Angebote und vor allem mit Lust und Mut zu Neuem bestens begegnen. Der öffentliche Dienst ist auch für Digitalexperten ein attraktiver Arbeitgeber, was mir die hochqualifizierten Kolleginnen und Kollegen exemplarisch in meinen bisherigen Stationen immer wieder bestens gezeigt haben. □

überrascht worden. Mit der nun bestätigten weiteren Mittelkürzung für 2025 wirke sich die Problematik der unangemessenen Bundesförderung auf ihr viertes Jahr in Folge aus.

Bayern verlängert Kofinanzierungsprogramm bis zum Jahr 2029

„Anders als der Bund erkennen wir dieses klare Gebot der Digitalisierung und handeln entsprechend“, erklärte Füracker. „Bayern verlängert sein kraftvolles Kofinanzierungsprogramm daher jetzt bis zum Jahr 2029. Die niedrigen Fördersätze des Bundes werden so langfristig von schwachen 50 Prozent auf in der Regel 90 Prozent angehoben. Wir schaffen Planungssicherheit für unsere Kommunen“, erklärte Füracker im Rahmen der Veröf-

fentlichung der neuen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0.

Rund 2,5 Milliarden Euro an Landesmitteln habe der Freistaat seit 2014 bereits für den Glasfaserausbau ausgegeben – rein freiwillig und ohne jede Zuständigkeit. „Wir scheuen keine Kosten, um unsere Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Bayerns mit gigabitschnellem Internet zu versorgen“, teilte Füracker mit und ergänzte: „Wie schon in der Vergangenheit werden mit der neuen Bayerischen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0 die niedrigen Fördersätze des Bundes deutlich angehoben. Mit einem neuen Lückenschlussprogramm wird es den Kommunen zudem ermöglicht, für förderfähige, aber bislang unberücksichtigt gebliebene kleinere Teilgebiete einen stark vereinfachten Förderantrag zu stellen.“ **DK**

NetCom BW

Schnelles Internet für die Region

#vernetzt – mit Highspeed in Verbindung bleiben

www.netcom-bw.de

Besuchen Sie uns auf dem Bayerischen Breitbandforum 2024

Ein Unternehmen der EnBW

KI-gestütztes Straßenmanagement:

Eibelstadt optimiert kommunale Abläufe

Künstliche Intelligenz erleichtert Arbeit

Straßen und Radwege, Verkehrszeichen und Markierungen, Grünanlagen und Mülleimer – deutsche Ämter müssen unzählige Objekte im öffentlichen Raum verwalten. Durch die mühsame Zustandserfassung ohne technische Unterstützung konnten Schäden oft nicht rechtzeitig behoben werden. Deshalb arbeitet Eibelstadt mit einem digitalen Straßenmanagement-System, um den Straßenzustand automatisch zu erfassen und kommunale Abläufe zu beschleunigen. Bauhofleiter Johannes Urlaub und Franziska Beisheim von der Eibelstädter Verkehrsbehörde erklären, welche Verbesserungen das vialytics System für die Dienststelle bewirken konnte.

In der bayerischen Verwaltungsgemeinschaft Eibelstadt im Kreis Würzburg müssen die Mitarbeitenden der Verwaltung ein Streckennetz von 340 Kilometern überwachen und regelmäßig kontrollieren, um die gesetzliche Verkehrssicherheitspflicht zu erfüllen. Bisher geschah dies von Hand und nahm viel Zeit und Personal in Anspruch. Jetzt nutzt Eibelstadt dafür das Straßenma-

agementsystem des Stuttgarter Unternehmens vialytics, mit dem die Zustandserfassung der Straßen und Wirtschaftswege automatisiert und digitalisiert wird. Durch die integrierte künstliche Intelligenz werden Schäden im Straßennetz automatisch erfasst und ausgewertet.

Bauhofleiter Johannes Urlaub betont, dass das Fehlen eines systematischen Prozesses und einer

objektiven Beurteilung der Schäden die tägliche Arbeit deutlich erschwerte: „Schäden wurden vor vialytics nur bei der Sichtung, also sehr sporadisch, festgehalten und dann an die Bauverwaltung übergeben. Wir waren oft auf Bürgermeldungen angewiesen. Außerdem haben wir das meiste mit Stift und Zettel dokumentiert und dann abgeheftet.“

Die Folge: Wenig bis gar keine Kommunikation zwischen den Abteilungen, lange Wege, viel Papier und Ordner. „Dadurch konnten Reparaturen meist nur punktuell durchgeführt werden und wir hatten keine Ahnung, auf welchen Straßen der höchste Reparaturbedarf vorhanden war,“ weiß Johannes Urlaub.

Transformation der Arbeit durch vialytics

Im Jahr 2022 wurde die Lage in der Verwaltung sondiert. Es bestand großer Bedarf für einen Prozess, der den Behörden mit der Priorisierung von Schäden und der besseren Koordination der Maßnahmen helfen kann. Die Entscheidung für das vialytics System wurde getroffen. Etwa eineinhalb Jahre später arbeiten Bauhof, Bauamt und Verkehrsbehörde im selben System.

Selbst die Polizei sei dabei involviert. Franziska Beisheim sagt: „Wenn beispielsweise ein Falschparker gemeldet wird, kann ich meine verkehrsrechtliche Anordnung mit den vialytics Bilddaten inklusive GPS und Zeitstempel direkt aus dem System an die Polizeibehörde schicken. Dort schät-

zen die Kolleginnen und Kollegen die ordentliche Dokumentation und die rechtssicheren Daten.“

So verwaltet Eibelstadt seine Infrastruktur heute

Die Inbetriebnahme des Straßenmanagementsystems machte Eibelstadts Straßenverwaltung wesentlich effizienter. Johannes Urlaub schätzt vor allem die objektive Schadensbewertung und die Möglichkeit, das System individuell und nach Bedarf zu nutzen. „Die Arbeit mit vialytics passt sich unseren bestehenden Abläufen an, die Arbeit mit der Anwendung ist einfach und intuitiv. Wir sparen uns nicht nur Fahrten vor Ort, sondern können durch die Aufgabenfunktion auch intern viel effizienter planen. Die Wege sind wesentlich kürzer geworden und wir haben endlich eine Datengrundlage, um unsere Straßen nach einem klaren Plan zu reparieren.“

Seine Kollegin Franziska Beisheim teilt diese Auffassung: „Wir arbeiten hier alle Hand in Hand. Jeder weiß was der andere macht, Aufgaben können mit wenigen Klicks erstellt und geteilt werden. Uns ist selbst schon aufgefallen, wie viele Telefonate und Ausfahrten wir uns mittlerweile sparen. Zudem sind alle Daten im System gespeichert. Das gibt uns ein gutes Gefühl, da im Zweifelsfall nichts verloren geht.“

So funktioniert das vialytics-System in der Praxis

Mitarbeiter des Eibelstädter Bauhofs befahren regelmäßig ihr Straßennetz mit einem Smartphone von vialytics. Die App nimmt automatisch alle vier Meter georeferenzierte Bilddaten der Straßen auf und analysiert diese mit der integrierten künstlichen Intelligenz



V.l.: vialytics-Gründer Achim Hoth, Danilo Jovicic-Albrecht und Patrick Glaser.
Bild: vialytics GmbH

auf Schäden an der Asphaltoberfläche oder an Inventar wie Verkehrszeichen. Zudem können Gefahrenstellen per Bluetooth-Knopf am Lenkrad manuell markiert und mit einer Sprachnotiz versehen werden. So digitalisiert vialytics die händische Streckenkontrolle mit Stift und Papier.

Die erhobenen Daten des Straßenzustandes werden am Rechner in einem Kartenmodus dargestellt. Auf einen Blick ist ersichtlich, welche Streckenabschnitte renovierungsbedürftig sind und wo die Verkehrssicherheit durch Straßenschäden beeinträchtigt ist. Die Schäden werden in Schadensklassen eingeordnet und mit Noten versehen. Dies hilft dem Tiefbauamt bei der Priorisierung von Maßnahmen und der Budgetplanung.

Auch der Winterservice kann durch das vialytics System vereinfacht werden. Streuungen und Schneeräumungsarbeiten kann die App dokumentieren und überwachen. Zudem werden mit dem vialytics System Wartungsarbeiten, Ausgrabungen und Baustellen dokumentiert, um im Gewährleistungsfall abgesichert zu sein.

Über die vialytics GmbH

Die drei Pioniere Patrick Glaser, Achim Hoth und Danilo Jovicic-Albrecht riefen vialytics 2018 ins Leben. Seitdem verfolgt das Stuttgarter Unternehmen mit 100 Mitarbeitern einen ambitionierten Wachstumskurs. Mittlerweile sind es über 500 Partnerkommunen, die ihre Straßen regelmäßig mit dem vialytics System befahren und aus den gesammelten Daten Maßnahmen ableiten. „Es gibt aktuell kein Straßenmanagementsystem, das den kommunalen Anforderungen gerechter wird als unseres“, fasst Patrick Glaser zusammen. Die hohe Nachfrage aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern kann vialytics durch eine neue Zusammenarbeit mit Scania Growth Capital sowie der langfristigen Investition durch EnBW New Ventures und Statkraft Ventures bedienen. Achim Hoth bestätigt: „Unser Straßenmanagementsystem hilft allen Kommunen, ihre Straßen effizienter zu verwalten und das meiste aus dem kommunalen Haushalt herauszuholen.“



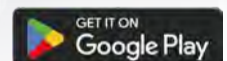
vialytics Smartphone-Zustandserfassung am Fahrradlenker.

Bild: vialytics GmbH



Das digitale Werkzeug für Bauamt und Bauhof

- ✓ Automatische Zustandsbewertung Ihrer Straßeninfrastruktur
- ✓ Verwaltung aller Arbeitsabläufe in einem einzigen System
- ✓ Planung wirksamer Maßnahmen mit aktuellen Daten



Straßenmanagement mit System

+ Künstliche Intelligenz

Jetzt testen unter
www.vialytics.de



Kontakt: +49 711 2529 5190 | info@vialytics.de | www.vialytics.de

BREKO Marktanalyse 2024:

Politische Kurskorrektur ist unerlässlich

In der kürzlich veröffentlichten Breko Marktanalyse 2024 weist der Bundesverband Breitbandkommunikation darauf hin, dass laut Prognose „die Bundesregierung ihr Ziel von Glasfaser für die Hälfte der deutschen Haushalte bis 2025 zwar erreichen, jedoch unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen die flächendeckende Glasfaserversorgung bis 2030 deutlich verfehlt wird“. Mehr denn brauche es jetzt eine klare politische Kurskorrektur, um Investitionssicherheit zu schaffen und Investitionsanreize zu setzen.

Mit 2,6 Millionen neu gebauten Anschlüssen (Homes Passed) steigt die Glasfaserausbauquote laut Marktanalyse zwischen Mitte 2023 und Mitte 2024 um 7,6 Prozentpunkte auf 43,2 Prozent, wächst aber um 1,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahreszeitraum.

Der Anteil der angeschlossenen Haushalte (Homes Connected) nimmt um 4,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent zu und wächst damit um 3,6 Prozentpunkte stärker als im Vorjahreszeitraum. Zeitgleich steigt auch der Anteil der Haushalte, die einen Glasfaseranschluss gebucht haben (Homes Activated), leicht an: Die Take-Up-Rate liegt jetzt bei 26

Prozent (Stand: 30. Juni 2024).

Aktuell sind rund ein Viertel (10,5 Millionen) der deutschlandweiten Gebäude und Wohnungen ans Glasfasernetz angeschlossen. Laut Studienautor Prof. Dr. Jens Böcker „investiert die Telekommunikationsbranche trotz vieler Hindernisse weiter in den Glasfaserausbau. Auffällig ist: Während der Fokus in den letzten Jahren auf dem Ausbau in der Fläche lag, gehen die Unternehmen jetzt zunehmend dazu über, die Haushalte, Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen anzuschließen. Insbesondere die Wettbewerber der Telekom sorgen dafür, ihre Kundinnen und Kunden ans Glasfasernetz anzuschließen,

statt die Glasfaser nur bis in die Straße zu bauen.“

Treiber des Netzausbaus

Zwar befinden sich die Gesamtinvestitionen in den Glasfaser- und Mobilfunkausbau mit 13,2 Milliarden Euro nach wie vor auf hohem Niveau, jedoch sind sie erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Obwohl der Investitionsanteil der Telekom auf 5,6 Milliarden Euro steigt und bei den Wettbewerbern auf 7,6 Milliarden Euro zurückgeht, bleiben die alternativen Netzbetreiber mit 58 Prozent der Investitionen Treiber des Netzausbaus. Besonders im Glasfaserausbau übernehmen die Wettbewerber der Telekom den Löwenanteil: Sie zeichnen für 61 Prozent der Homes Passed sowie für 70 Prozent der Homes Connected und 77 Prozent der Homes Activated verantwortlich.

Mit Blick auf die Prognose der Marktanalyse, wonach die Glasfaserausbauquote bei einer stabilen Entwicklung bis 2025 auf

50 Prozent, bis 2030 aber nur noch auf einen Wert zwischen 76 Prozent und 86 Prozent steigen wird, fordert Breko-Präsident Norbert Westfal insbesondere von der Bundesnetzagentur ein Konzept für einen wettbewerbskonformen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze: Hier gelte es zu verhindern, dass die Deutsche Telekom ihr Kupfernetz strategisch nur dort abschaltet, wo sie selbst Glasfaser verlegt hat. Zudem brauche es endlich eine wirksame Diensteanbieterpflichtung, um doch noch einen Impuls für fairen Wettbewerb zu setzen und das herrschende Oligopol im Mobilfunk aufzubrechen. „Leider wurde in den letzten Monaten zunehmend deutlich, dass die Ampel-Koalition offenbar das Interesse am Glasfaserausbau verloren hat“, bedauert Westfal.

Eines der größten Probleme für den Glasfaserausbau bleibt der strategische Doppelausbau der Telekom. Aktuell sind 78 Unternehmen von Doppelausbau-Aktivitäten der Telekom oder ihrer Tochter Glasfaser Plus betroffen. Knapp jedes dritte Unternehmen (31 Prozent) hat sich aufgrund von Doppelausbau sogar aus Ausbauprojekten zurückgezogen.

Kupfer-Glasfaser-Migration

Auch der anstehende Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze beschäftigt die Branche. 9 von 10 Unternehmen sehen es laut Marktanalyse als wichtig oder sehr wichtig an, dass es eine wettbewerbskonforme Regelung für die sogenannte Kupfer-Glasfaser-Migration gibt. Nur 4 Prozent halten dies für unwichtig.

„Da die Wettbewerber für zwei Drittel des Glasfaserausbaus verantwortlich zeichnen, braucht es jetzt umso mehr ein Konzept für eine wettbewerbskonforme Kupfer-Glasfaser-Migration“, unterstreicht BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. Bislang gebe es für die Regionen, in denen die Wettbewerber Glasfaser verlegt haben, keine entsprechende Regelung. Die Telekom wiederum könne dort, wo sie Glasfaser ausgebaut hat, selbst über eine Abschaltung ihres Kupfernetzes entscheiden.

„Unsere Forderung ist klar: Die Abschaltung in Regionen, in denen die Telekom Glasfaser verlegt hat, darf nur dann genehmigt werden, wenn das Kupfernetz auch in Gebieten abgeschaltet werden kann, die durch Wettbewerber vergleichbar gut mit Glasfaser versorgt sind und vergleichbare Vorleistungsprodukte angeboten werden. Sowohl beim Doppelausbau als auch bei der Kupfer-Glasfaser-Migration braucht es eine Bundesnetzagentur, die nicht nur die Interessen des marktmächtigen Unternehmens im Blick hat, sondern aktiv für fairen Wettbewerb sorgt“, stellt Albers fest.

Bayern im Mittelfeld

Im Ländervergleich hat Schleswig-Holstein mit 89,3 Prozent weiterhin die höchste Glasfaserausbauquote, gefolgt von Hamburg und Brandenburg. Bayern liegt mit 34,4 Prozent im hinteren Mittelfeld. Bei der Glasfaserausbauquote belegt Schleswig-Holstein mit etwa 50 Prozent ebenfalls Platz 1, gefolgt von Brandenburg und Hamburg. Deutlich dahinter rangiert Bayern mit 19,2 Prozent.

Um den Ausbau in den Ländern zu beschleunigen, sind Albers zufolge schnellere Genehmigungsverfahren erforderlich. Auch der Glasfaserausbau müsse deshalb im Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz als im „überragenden öffentlichen Interesse“ definiert werden. Bundestag und Bundesrat seien hier in der Pflicht, grund-



Bürgermeisterin Sibylle Entwistle (r.) mit M-net Regionalmanagerin Sandra Stiedl. Bild: Stadt Vilsbiburg

Erschließung mit Glasfaserleitungen

Glasfaseranschlüsse für rund 700 Haushalte und Büros in Vilsbiburg / Gemeinsamer Ausbau mit den Stadtwerken

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erweitert gemeinsam mit den Stadtwerken Vilsbiburg das Glasfasernetz in mehreren Ortsteilen der Stadt Vilsbiburg im niederbayerischen Landkreis Landshut. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag hat die Stadt nun mit M-net geschlossen. Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis zum Grundstück profitieren bald rund 700 Haushalte und Gewerbeeinheiten von Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

Nach der offiziellen Vertragsunterzeichnung ist der Grundstein für den weiteren Glasfaserausbau in Vilsbiburg gelegt. Bis Herbst 2026 werden rund 700 Privathaushalte und Gewerbeeinheiten in mehreren Ortsteilen durch die Stadtwerke Vilsbiburg als Infrastrukturpartner von M-net mit zukunftssicheren Glasfaserleitungen ausgestattet.

Hohe Übertragungsgeschwindigkeiten

Bei dem Ausbau wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis zu den jeweiligen Grundstücken errichtet. Für die Weiterführung der Glasfaserleitung bis ins Gebäude und die Installation eines Hausanschlusses erstellen die Stadtwerke Vilsbiburg allen Interessenten ein gesondertes Angebot. Die neuen Leitungen ermöglichen Internetanschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig noch mehr.

Startschuss im Herbst 2024

Die Bauarbeiten für den Glasfaserausbau starten nach dem derzeitigen Planungsstand noch im Herbst 2024 und werden rund zwei Jahre in Anspruch nehmen. M-net ist bereits seit vielen Jahren als Anbieter für Telekommunikationsdienste in Vilsbiburg aktiv. Dank seines glasfaserbasierten FTTC-Netzes (Fiber-to-the-Curb = Glasfaser bis zum Bordstein) stehen schnelle und stabile Internet-, Telefon- und TV-Dienste von M-net bereits

über 1.350 Haushalten in Vilsbiburg zur Verfügung. Darüber hinaus können bereits jetzt rund 1.000 Haushalte und Gewerbeeinheiten von einem direkten FTTB/H-Glasfaseranschluss (Fiber-to-the-Building/Home) profitieren.

„Mit dem FTTB/H-Ausbau sind die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen in Vilsbiburg bestens für die digitale Zukunft gewappnet. Denn im Gegensatz zu allen kupferbasierten Anschlusstechnologien meistert ein reiner Glasfaseranschluss auch langfristig die Anforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft auf uns zukommen“, sagt M-net Regionalmanagerin Sandra Stiedl.

Die Bürgermeisterin von Vilsbiburg, Sibylle Entwistle, ergänzt: „Der Glasfaserausbau ist ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit M-net einen starken Partner dafür gewinnen konnten, Vilsbiburg mit einem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz als Lebens- und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“

Warum Glasfaser?

Mit einem Glasfaseranschluss sind sowohl Wohn- als auch Gewerbeimmobilien zukunftssicher ausgestattet: Dieser bietet hohe und stabile Bandbreiten, ist besonders zuverlässig gegenüber externen Einflüssen wie Unwettern und Gewittern und ist auch für besonders datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen rasante Up- und Downloads, unterbrechungsfreies Videostreaming auch auf mehreren Endgeräten, Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses im Home-Office. Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. **DK**

6. AKDB Kommunalforum:

Innovative Impulse für resiliente Kommunen

Am 10. Oktober 2024 findet in München das AKDB Kommunalforum statt. Im Fokus der eintägigen Veranstaltung steht die Frage, wie sich Kommunen für Zukunftsszenarien wappnen können: etwa hinsichtlich Cyberbedrohungen, Fachkräftemangel und Klimawandel. Die Veranstaltung bietet Kommunalvertretern aus ganz Deutschland eine Plattform, um neueste digitale Lösungen zu entdecken und sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen. Für eine Prise Humor sorgt der bekannte Comedian und Bestsellerautor Vince Ebert.

Ein Hauptprogramm im großen Auditorium, vier Fachforen und Workshop-Formate für kleine Arbeitsgruppen sowie eine begleitende Fachausstellung erwarten die Gäste des Kommunalforums, das dieses Jahr im Paulaner am Nockherberg in München stattfindet. Im Vordergrund steht die Frage, wie sich die Verwaltung aufstellen sollte, um in Zeiten komplexer werdender IT, erhöhter Cybergefahren, steigendem Fachkräftemangel und voranschreitendem Klimawandel ihrem Auftrag gerecht zu werden: optimale Daseinsvorsorge zu bieten und kommunale Lebensräume zukunftsfähig zu machen.

Passend dazu lautet das Event-Motto „digital.einfach.machen.“. Denn Kommunalvertreter sind eingeladen, digitale Lösungen zu entdecken, die den Alltag von Verwaltung und Bürgern vereinfachen. Dabei han-

delt es sich um Innovationen der gesamten AKDB-Gruppe. Dazu gehören Töchter und Beteiligungen wie RIWA, roosi, Telecomputer, GKDS und LivingData.

Höhepunkte des Forums

Zu den Highlights des Forums gehört die DSGVO-konforme Business-Intelligence-Lösung SDS.Control, die Daten aus dem Finanz- und Einwohnerwesen analysiert und aufbereitet. Außerdem im Programm: das Cloud-Angebot der AKDB, KI-Anwendungen für Verwaltungsmitarbeitende, die Erstellung digitaler Zwillinge sowie Self-Service-Plattformen wie FRED (Framework for eGovernment Deployment). Mit letzterer können Verwaltungen Online-Dienste unkompliziert in ihre Webseiten einbinden und medienbruchfrei in die Fachsoftware integrieren.

Ganz im Sinne einer digitalen Ende-zu-Ende-Verwaltung, wie sie das Onlinezugangsgesetz fordert. In den vier Fachforen wird auf spezielle Neuerungen rund um Fachverfahren für jeden Verwaltungsbereich eingegangen: Kämmererei, Personalabteilung, Bürgerbüro, Kitaverwaltung, Verkehrsamt und Bauhof.

Referenten sind Wissenschaftler wie der Professor für IT-Sicherheitsrecht Dennis-Kenji Kipker, Dr. Ferdinand Schuster vom Institut für den öffentlichen Sektor e.V., Christian Stummeyer, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digital Commerce, sowie Vertreter des bayerischen Digitalministeriums und der Kommunen. Bestsellerautor und Comedian Vince Ebert wirft einen humorvollen Blick auf Digitalisierung und künstliche Intelligenz und beweist damit, dass man trotz riesiger Herausforderungen nicht alles bierernst zu nehmen braucht. Das Programm sieht neben Fachvorträgen auch eine Live-Hacking-Show, zahlreiche Praxisberichte und Live-Demos sowie Paneldiskussionen und Mitmach-Formate vor. Die Veranstaltung moderiert SZ-Journalist Matthias Punz. **DK**

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Digitalminister Fabian Mehring:

KI statt Bürokratie!

Digitalminister Fabian Mehring will Bayerns Mittelstand fit für das KI-Zeitalter machen. Genau dies ist das Ziel des Programms „KI-Transfer Plus“, das vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales ins Leben gerufen wurde: KMUs aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen werden dabei unterstützt, KI-Lösungen zu nutzen. Nunmehr gab Mehring den Startschuss für die vierte Runde des Erfolgsprogramms.

Unter den rund 20 Teilnehmern der vierten Runde befinden sich unter anderem Handwerksbetriebe, IT-Dienstleister, Bauunternehmen oder Versandhändler aus ganz Bayern. Sie erhalten in den kommenden neun Monaten Zugriff auf das umfassende Know-how bayerischer Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und können dadurch KI-Methoden auf dem neuesten Stand der Technik schnell in der Praxis nutzen. Dabei liegt das Augenmerk auf aktuellen Themen wie generative KI und großen Sprachmodellen.

Positive Bilanz

Anlässlich des Kick-offs zogen Teilnehmer der früheren Runden eine durchweg positive Bilanz, berichtet Mehring. So konnte die IFTA GmbH aus Puchheim eine KI-Anwendung zur Überwachung von Verbrennungsschwingungen in Gasturbinen entwickeln, die genauere Aussagen über den Maschinenzustand und die frühzeitige Erkennung von Defekten ermöglicht. Das Verkehrs- und Touristikunternehmen Schwarzer Reisen aus Nördlingen arbeitet gerade daran, KI im Callcenter für einfache Gespräche einzusetzen und zusätzlich die Streckenplanung der Rufbusse mithilfe Künstlicher Intelligenz zu verbessern.

Bislang investierte das Digitalministerium insgesamt 9,1 Millionen Euro in „KI-Transfer Plus“. Daneben hat die Bayerische Staatsregierung weitere Förderprogramme gestartet, darunter

Datenerfassungs- und Scanzentrum Wunsiedel:

Bereits über 56 Millionen Dokumente digitalisiert

Über 250 Beschäftigte leisten unverzichtbare Arbeit

„Das Scanzentrum Wunsiedel ist ein absolutes Leuchtturmprojekt der Bayerischen Steuerverwaltung und die ‚Eintrittspforte in die digitale Welt‘ für Steuererklärungen in Papierform. Wir verdanken es der hervorragenden und unverzichtbaren Arbeit der über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier am Scanzentrum, dass sämtliche Steuererklärungen aus ganz Bayern digital in den Finanzämtern ankommen und dort elektronisch weiterverarbeitet werden können. Herzlichen Dank für Ihr großes Engagement und Ihren Einsatz“, betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel bei seinem Besuch im Datenerfassungs- und Scanzentrum Wunsiedel.

„Der Freistaat Bayern hat hier ein effizientes und leistungsfähiges Zentrum geschaffen, in dem Papierunterlagen den direkten Weg in die Digitalisierung finden, eine wichtige Voraussetzung für das papierlose Finanzamt der Zukunft. Seit Bestehen des Scanzentrums in Wunsiedel wurden bereits rund 56 Millionen Steuererklärungen sowie weitere Dokumente digitalisiert. Neben Dokumenten aus Bayern werden seit Jahren auch Erklärungen für Rheinland Pfalz und Thüringen gescannt“, so Schöffel.

Das Datenerfassungs- und Scanzentrum der Bayerischen Steuerverwaltung wurde am 1. März

2011 eingerichtet. Die Beschäftigten im Scanzentrum Wunsiedel sind mit ihrem umfassenden technischen und fachlichen Know-how bei der Digitalisierung und Aufbereitung jeglicher Art von Daten und Unterlagen hochspezialisiert.

GovTech Campus Deutschland

Wie das Digitalministerium zudem berichtet, ist der Freistaat dem GovTech Campus Deutschland beigetreten. Als global profilierter Hightech-Standort habe Bayern den Anspruch, auch bei seinen Verwaltungsprozessen neueste Technologien wie KI, Cloud-Lösungen oder Big Data einzusetzen. Dabei sollen die Impulse aus Bayern auch die digitale Transformation in den anderen Bundesländern beschleunigen.

Ziel sei es, im Sinne der Bürger und Unternehmen Bayerns gemeinsam mit anderen führenden Akteuren aus dem Bereich Digitalisierung an neuen Services und Lösungen zu arbeiten. Der Beitritt sei Teil eines umfangreichen Maßnahmenbündels, mit dem das Staatsministerium für Digitales die digitale Verwaltung der Zukunft auf den Weg bringen will.

Mehring zufolge „entlasten wir durch den Einsatz von KI unsere Mitarbeiter in den Behörden und verkürzen die Verfahrenszeiten – eine Win-Win-Situation für Bürger und Verwaltung, die Entbürokratisierung befördert und uns gegen den grassierenden Fachkräftemangel rüstet. Der GovTech Campus Deutschland bietet uns hierfür eine einzigartige Plattform für den Schulterschluss mit der Tech-Szene und die gemeinsame Weiterentwicklung unserer Verwaltungen. Unser Beitritt ist daher ein weiterer logischer Schritt hin zu un-

serem übergeordneten Ziel: Weiter der Pacemaker für die digitale Verwaltung in Deutschland zu sein. Schließlich sitzen unsere Mitbewerber auf den Zukunftsmärkten nicht in Berlin oder Frankfurt, sondern in Asien und dem Silicon Valley. Es gilt daher ein ‚Team-Deutschland‘ zu firmieren und unsere Kräfte bundesweit zu bündeln.“

Bayern ist Schrittmacher

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei Bayern schon heute Schrittmacher auf diesem Gebiet, unterstreicht der Minister: Der Freistaat belege im OZG-Dashboard (Onlinezugangsgesetz) konsequent die vorderen Plätze und biete bereits 260 Online-Leistungen in der Fläche an. Dabei soll es aber nicht bleiben: Um möglichst schnell eine voll-digitale Kommunikation innerhalb und zwischen den Behörden zu erreichen, hat Mehring 2023 einen „Fax-Bann“ ausgerufen, der bereits wirkt: Der Bestand der Faxgeräte in der bayerischen Verwaltung habe sich inzwischen ungefähr halbiert. Als Alternativen würden derzeit verschiedene digitale Kollaborations- und Kommunikationslösungen für die Behörden im Freistaat erprobt. Zudem werde ein bayerisches elektronisches Behörden-siegel auf den Weg gebracht.

Verwaltungsprozesse beschleunigen

Mit solchen digitalen Technologien würden Medienbrüche vermieden, Verwaltungsprozesse beschleunigt und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Behörden ermöglicht – ein Thema, mit dem sich das Digitalministerium selbst intensiv beschäftigt: „Wir entwickeln gerade eine KI-Strategie für unser eigenes Ministerium, die als Blaupause für andere Behörden, Verwaltungen und Kommunen dienen kann“, so Mehring. „Im Projekt ‚Applied Data Analysis für die öffentliche Verwaltung‘ zeigen wir zum Beispiel den Mehrwert von Cloud-Diensten. Und in unserem Open Data-Portal ‚open.bydata‘ demonstrieren wir modernes Datenmanagement und unterstützen insbesondere Kommunen bei der Umsetzung.“

Daneben habe der Freistaat zahlreiche weitere Initiativen wie die Hightech-Agenda und KI-Transfer Plus gestartet, um den Staat umfassend zu modernisieren und Unternehmen beim KI-Einsatz zu unterstützen. Auch der Superrisikokapitalfonds mit einer Hebelwirkung in Höhe von einer Milliarde Euro, die Förderung digitaler Talente sowie Kooperationen mit Technologieunternehmen stärkten das IT-Ökosystem des Freistaats.

Für eine gemeinsame digitale Zusammenarbeit erhalten auch Bayerns Kliniken Förderung vom Freistaat. Gemeinsam mit Gesundheitsministerin Judith Gerlach überreichte Mehring symbolisch den Förderbescheid in Höhe von 1,4 Millionen Euro an die Klinik IT Genossenschaft (KIG). Mit dieser Förderung wird die Plattform „mein-krankenhaus.bayern“ um eine Vernetzung zwischen den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten erweitert. Weiterhin unterstützt die Förderung die Einrichtung einer Incident-Response-Hotline für Cybernotfälle in den Kliniken.

Bayerische Krankenhäuser hatten sich vergangenes Jahr zusammengeschlossen und setzen gemeinsam das Vernetzungsprojekt „mein-krankenhaus.bayern“ unter der Führung der KIG um. Das Projekt steht vor allem für

ein einheitliches digitales Patientenportal nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG). Inzwischen haben sich innerhalb der KIG 137 Krankenhäuser für die einheitliche Umsetzung des digitalen Patientenportals auf Basis einer gemeinsamen IT-Plattform zusammengefunden.

Doch soll diese nicht an der Sektorengrenze enden, sondern den Pfad von Patienten ins und aus dem Krankenhaus begleiten. Dies wird mit einer Förderung durch den Freistaat auf Initiative der Bayerischen Krankenhausesgesellschaft (BKG) möglich, die nun an die KIG übergeben wird. Von den 1,4 Millionen Euro wurden jeweils 700.000 Euro vom bayerischen Gesundheits- und vom Digitalministerium gefördert.

Klinik-Plattform

Nach Mehrings Worten „ist unsere gemeinsame Klinik-Plattform ein zukunftsweisendes Leuchtturmprojekt, das weit über Bayern hinaus strahlt. Gerade angesichts der gewaltigen Herausforderungen im deutschen Gesundheitssystem können Digitalisierung und Zukunftstechnologien als Gamechanger wirken, um Prozesse im Sinne der Patientinnen und Patienten zu optimieren.“

Mehr digitale Vernetzung benötigt auch mehr IT-Sicherheit, denn die Angriffe – auch auf Kliniken – und die regulatorischen Anforderungen nähmen stetig zu. Um die Kliniken schnell bei einem Sicherheitsvorfall zu unterstützen, plane die KIG deshalb mit den Mitteln des Freistaats den Aufbau einer Incident-Response-Hotline, die den bayerischen Krankenhäusern rund um die Uhr mit Rat und Tat zur Seite steht. DK

Deutsche Telekom vermarktet Internetdienste über FTTC-Netze von LEONET

Deutsche Telekom kann nun in vielen Regionen Ostbayerns seinen Kunden noch mehr Geschwindigkeit anbieten

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET und die Deutsche Telekom haben eine FTTC-Wholesale-Kooperation geschlossen. Die Partnerschaft stellt für die Deutsche Telekom die Grundlage dar, dass sie über die sogenannten FTTC-Netze (Fiber to the curb / Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) von LEONET ab sofort eigene attraktive Telefon- und Internetdienste vermarkten kann.

LEONET betreibt in vielen Regionen von Niederbayern und der Oberpfalz im ostbayerischen Raum FTTC-Netze. Die darauf basierende Netzarchitektur sieht eine Glasfaseranbindung bis zum Kabelverzweiger (den grauen Kästen am Bürgersteig) vor. Die Telekom kann auf Basis der Kooperation mit LEONET nun auch in Regionen Ostbayerns Telefon- und Internetdienste mit einer Geschwindigkeit von bis zu 100 Mbit/s anbieten, wo dies bisher nicht möglich war.

60.000 Haushalte profitieren

Von der Vereinbarung profitieren rund 60.000 Haushalte in den Landkreisen Regen, Cham, Passau, Freyburg-Grafenau, Straubing-Bogen, Rottal-Inn, Deggendorf, Amberg-Regensburg, Landshut, Regensburg, Schwandorf, Dingolfing-Landau, Mühldorf a. Inn. Wer sich für einen schnellen Internetanschluss der Telekom interessiert, kann im Internet recherchieren, ob er von der Vereinbarung profitiert: www.telekom.de/festnetz. Die höheren

Geschwindigkeiten sollen bis 100 Mbit/s zur Verfügung stehen.

Wegweisende Kooperation

„Wir freuen uns außerordentlich, dass wir die Deutsche Telekom als Wholesale-Partner gewonnen haben“, erklärt LEONET-Geschäftsführer Martin Naber. „Die Kooperation ist für beide Unternehmen wegweisend. Während wir unsere Open-Access-Strategie realisieren, erhält die Telekom über unser Netz nun die Möglichkeit attraktivere Produkte anzubieten.“

„Wir freuen uns, dass wir in vielen Bereichen Ostbayerns unseren Kunden höhere Geschwindigkeiten über das FTTC-Netz der Leonet anbieten werden“, unterstreicht Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Deutschen Telekom. „Kooperationen und Wholesale sind Bestandteil unserer Strategie. Dafür nutzen wir seit einigen Jahren selbstverständlich FTTC-Netze unserer Wettbewerber und ab sofort auch der Leonet. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.“ □



LEONET

SIE WOLLEN
DAS BESTE FÜR
IHRE GEMEINDE?

Dann lassen Sie uns über Ihre Glasfaser-Versorgung sprechen!



Adrian Richter
Leiter Kommunalbetreuung
Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

BESUCHEN SIE UNS BEIM
11. BREITBANDFORUM
AM 17.10.2024

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Bayerischer Datenschutzbericht 2023:

Vielschichtige Fragestellungen

Mit der Beratung in Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene, Beiträgen zu Anfragen bayerischer öffentlicher Stellen sowie Erkenntnissen, die bei der Bearbeitung von Bürgerbeschwerden gewonnen werden konnten, beschäftigt sich schwerpunktmäßig der vom bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, erstellte Tätigkeitsbericht 2023.

Im allgemeinen Datenschutzrecht setzte sich Petri etwa mit der grundsätzlichen Frage des Personenbezugs sowie den Folgen des Angemessenheitsbeschlusses zum EU-U. S. DataPrivacy Framework für Verantwortliche des bayerischen öffentlichen Sektors auseinander. Hinweise zu Datenpannen bei der Excel-Nutzung, zum Umgang mit der Windows-Telemetriekomponente sowie mit der automatischen Rechtschreibkorrektur bei Webbrowsern sollen dabei helfen, den Büroalltag in bayerischen Verwaltungen datenschutzkonform zu gestalten.

Was die Allgemeine Innere Verwaltung betrifft, so wurde die jüngste Kommunalrechtsnovelle kritisch begleitet. Bei den neuen Vorschriften für das Streaming von Bürgerversammlungen sowie von Gremiensitzungen konnte der Datenschutzbeauftragte „in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration klare datenschutzrechtliche Verbesserungen erreichen“. Dagegen sei es ihm nicht gelungen, die Abschaffung der erst vor wenigen Jahren gefundenen, deutschlandweit vorbildlichen

bayerischen Regelung zum Einsatz elektronischer Wasserzähler zu verhindern. Beschäftigt haben ihn daneben viele kleinere datenschutzrechtliche Fragen wie etwa die automatisierte Kennzeichenerfassung beim Kameraparken oder das öffentliche „Hinhängen“ einer kritischen Bürgerin in einer Gemeinderatssitzung.

Da die Datenschutzaufsicht auch die Verarbeitung personenbezogener Daten in öffentlichen Registern erfasst, kann Petri die Einhaltung zahlreicher Vorgaben des Melderechts sowie des Fahrzeugregisterrechts überprüfen. So hat er nicht nur die Nutzung des Melderegisters für die Einladung zum Kinderfest einer politischen Partei förmlich beanstandet, sondern auch festgestellt, dass eine bayerische Metropole nicht berechtigt war, das Fahrzeugregister als „Adressquelle“ zu verwenden, um Halter von Kraftfahrzeugen mit Dieselmotor über mögliche Fahrverbote zu informieren.

Vielschichtig waren im Jahr 2023 die Fragestellungen, die der oberste Datenschützer im Personaldatenschutz zu bewältigen hatte. Bei der Begleitung

von dienstrechtlichen Gesetzgebungsverfahren etwa hatten Petris Bemühungen, ein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Benennung und Abberufung des behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie datenschutzrechtliche Vorgaben für die Übermittlung von Untersuchungs- oder Beobachtungsbefunden im Rahmen der Unfallfürsorge zu etablieren, nun endlich Erfolg. Zu einer Art datenschutzrechtlichem Vexierspiel habe sich das Störfallmanagement des 2023 eingeführten Dienstradprogramms „JobBike Bayern“ entwickelt. Auch hier konnten schließlich praktikable, gleichwohl datenschutzkonforme Lösungen gefunden werden.

Petris Prüfungs- und Beratungstätigkeit gab zudem Anlass, die Rahmenbedingungen für den Umgang mit den Kontaktdaten von Beschäftigten fortzuentwickeln. Bei der „Stufenvorweggewährung“, einem tarifrechtlichen Instrument zur Bindung qualifizierter Fachkräfte, konnte die konsequente Anwendung von Datenschutzrecht sogar zu einer Verwaltungsvereinfachung beitragen.

Verbesserungen des Datenschutzes bei Schulen und Hochschulen wurden in gleich zwei Gesetzen erreicht: In das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen fand laut Petri ein voraussetzungsloses Widerspruchsrecht in Bezug auf Datenübermittlungen von Schulen an die Agenturen für Arbeit Aufnahme und im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz wurde die Zweckbindung von Schülerdaten bei der Abrechnung von Gast-

Cybersicherheit:

„KI-Einsatz zur Optimierung dringend notwendig“

Allein durch Cyberkriminalität ist in den vergangenen zwölf Monaten in Deutschland ein Schaden von rund 267 Milliarden Euro entstanden. „Das ist ein trauriger Rekord und ein massiver Schaden für unsere Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Schäden um 29 Prozent zugelegt und der Anstieg in den kommenden Monaten dürfte wachsen“, kommentierte der Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Bertram Brossardt, eine BITKOM-Studie auf einem Kooperationskongress mit den Verbänden BVSU – Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., Bundesverband der Sicherheitswirtschaft BDSW, ISU – Interessengemeinschaft Selbständiger, Unternehmer und freiberuflich Tätiger e. V., Secure.Bayern e. V. und der vbw.

In einer seit 2019 durchgeführten vbw Umfrage zu internationalen Risiken für bayerische Unternehmen belegt Cyberkriminalität mittlerweile den dritten Platz, hinter Fachkräftengpässen und strukturellen Kostensteigerungen. „Das Risiko, Opfer krimineller Cyberangriffe zu werden, ist gerade für kleine und mittelständische Betriebe groß: Sie verfügen in der Regel über weniger Schutz als große Unternehmen und sind dadurch leichter verwundbar“, betonte Brossardt und fügte hinzu: „Cyberkriminelle nutzen viel aktiver den technischen Fortschritt, um ihre Angriffe effektiver zu machen. Hier kommt insbesondere die Künstliche Intelligenz (KI) ins Spiel, die die Entwicklung von schädlicher Software weiter beschleunigt. Hier gilt es für die Unternehmen mehr eigene KI-Einsätze zu nutzen.“

Mehr Prävention nötig

Die vbw mahnt angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Cyberkriminalität zu mehr Prävention durch Cybersicherheit. „Wir müssen technologisch auf dem neuesten Stand sein und die Verteidigung gegen kriminelle Machenschaften ganzheitlich denken“, so Brossardt.

Alexander Borgschulze, Vorstandsvorsitzender, Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. – ASW Bundesverband, erklärte: „Der Wirtschaftsschutz in deutschen Unternehmen ist komplex und vielschichtig. Durch en-

ge Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft wird die Resilienz unserer Wirtschaft gestärkt. Es liegt an uns, wachsam zu bleiben und in eine sichere Zukunft zu investieren, um die deutsche Wirtschaft stark und widerstandsfähig zu halten.“

Laut Johannes Strümpfel, stellvertretender Sicherheitschef der Siemens AG, „sind Bedrohungen nur dann relevant für uns, wenn sie die verlässliche Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen tangieren – seien es Infrastrukturen wie IT-Systeme, Produktionsanlagen oder Gebäude, seien es Lieferanten und Lieferketten, Produkte, Energie und Rohstoffe, Mitarbeiter und Kunden oder einfach die Ressource verlässlicher Informationen.“

Sicherheitsstrategien anpassen

Dr. Sandra Kreitner, Vizepräsidentin, Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV), fügte abschließend hinzu: „Der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU) bietet eine neu entwickelte Lehrgangreihe, die darauf ausgerichtet ist, die Unternehmenssicherheit in Anbetracht der Risiken durch Klimawandel und geopolitische Entwicklungen zu stärken. Angesichts von Sturzfluten, Sabotage und Cyberangriffen müssen Unternehmen ihre Sicherheitsstrategien anpassen, um auch bei Lieferkettenunterbrechungen und Versorgungsengpässen langfristig als zuverlässige Leistungserbringer wettbewerbsfähig zu bleiben.“

GZ

KOMMUNAL-



In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Die Zeichen stehen auf Cloud

Die Gesetzgebung setzt zunehmend auf Online-Strategien. Aktuelle Beispiele dafür sind das Onlinezugangsgesetz und die E-Rechnung. Um die mit der zunehmenden Digitalisierung verbundenen Anforderungen zu bewältigen, brauchen Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen vernetzte und flexible Software – und die kommt heute aus der Cloud.

Cloud-Lösungen funktionieren unabhängig von Ort und Zeit und können die Effizienz erheblich steigern. Ein gutes Beispiel dafür liefert der Bereich Haushaltsplanung. Bei der dafür verfügbaren Software von DATEV sorgt das ein Online-Planungstool Webplanung für die performante und sichere Erfassung planungsrelevanter Informationen. Von wo aus die Mitarbeiter auf das Werkzeug zugreifen, spielt keine Rolle. Die erfassten Planbereiche stehen anschließend dem Kämmerer in der Haushaltsplanung sofort zur Verfügung und können mit einem Klick in die zentrale Planung übernommen werden.

Cloud-Lösungen unterstützen bereits in vielen Bereichen

Ebenfalls von den Vorteilen der Cloud können Anwender im Umfeld der Veranlagungssoftware profitieren. Hier bietet die Lösung Messbescheidverwaltung eine Übersicht über die bereitgestellten GewSt-Messbescheide. Al-

le für die Veranlagung relevanten Daten inklusive der Erläuterungstexte werden pro Gewerbesteuerobjekt übersichtlich im Browser dargestellt. Im Gegensatz zur alten Papierakte ist der Zugriff auf die Daten jederzeit möglich.

Ein weiterer Cloud-Service unterstützt im Bereich Haushalt und Budget. Unterschiedliche grafisch aufbereitete Diagramme können damit als externe Dokumente in den Haushalt integriert werden. Im Zusatzmodul Budgetsteuerung lässt sich über in den Arbeitsoberflächen integrierte Dashboards auf einen Blick erkennen, was gerade in der eigenen Organisation passiert und was zu tun ist. Drilldown-Funktionen machen es möglich, Mittelherkunft und Mittelverbrauch exakt nachzuvollziehen.

Wegweiser auf dem Weg in die Cloud

Um Kommunen und kommunalen Unternehmen den Einstieg in die Welt der Cloud-Nutzung zu erleichtern, bietet DATEV den Public Sector Cloud-Kompass an. Übersichtlich und anschaulich aufbereitet informiert er über alle verfügbaren DATEV-Cloud-Anwendungen, deren Anwendungsbereiche und den konkreten Mehrwert, den die jeweilige Nutzung bringt. Dabei deckt er alle relevanten Bereiche ab, von den nötigen Voraussetzungen über die Bestellung bis hin zur Einrichtung. Erreichbar ist der DATEV Public Sector Cloud-Kompass unter www.datev.de/public-sector-cloud.

schulbeiträgen gestärkt. Im Zusammenhang mit der Masernimpfpflicht beschäftigten den Datenschutzbeauftragten mehrmals Beschwerden, die Weitergaben ärztlicher Atteste von Schulen an Gesundheitsämter betrafen.

Überdies befasste sich Petri beispielsweise mit der daten-

schutzgerechten Gestaltung von Bürgerbüros, der Nutzung nicht dienstlich administrierter E-Mail-Accounts im dienstlichen Kontext oder mit dem Verlust einer Patientenakte. Er beriet zahlreiche Verantwortliche zu Datenschutz-Folgenabschätzungen und beteiligte sich an der Gremienarbeit zur

Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie zum KI-Einsatz in der medizinischen Forschung. Auch gingen über den Berichtszeitraum beim obersten bayerischen Datenschützer erwartungsgemäß wieder hunderte Meldungen von Datenpannen ein, denen nachzugehen war. DK

AKDB
Kommunalforum



10. Oktober 2024 | München

digital. einfach. machen.

Innovative Lösungen, inspirierende Impulse und intensiver Austausch: Die Veranstaltung des Jahres für alle, die kommunale Zukunft gestalten.



Jetzt anmelden!
www.akdb.de/kommunalforum



V.l.: BdSt-Viszpräsident RA Klaus Grieshaber, BdSt-Präsident Rolf Baron von Hohenhau, Staatsminister Eric Beißwenger, Preisträger Frank Obrist, RAin Maria Ritch, BdSt-Vizepräsidentin, Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, Michael Jäger, Präsident Europäischer Steuerzahlerbund sowie der Lindauer Landrat Elmar Stegmann.

Bild: BdSt in Bayern/Rudolf Maier

Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler Bayern e. V.:

Nachhaltige Energieversorgung und Mobilität durch Innovationen

Mit dem Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler Bayern e.V. wurde während einer Festveranstaltung im Obrist-Kreativzentrum in Lindau Frank Obrist, Gründer und Vorsitzender der OBRIST Group, ausgezeichnet. Damit werde das besondere Engagement des Preisträgers und seines Unternehmens in der Forschung und Entwicklung für eine nachhaltige Energieversorgung und Mobilität gewürdigt, so Rolf von Hohenhau, Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes.

In Grußworten und Laudationes würdigten Lindaus Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons sowie MdL Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales in Bayern sowie Prof. Dr. Gregor Kirchhof, Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg den Preisträger. Im abschließenden Expertengespräch unter Leitung von Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Prä-

sident Steuerzahlerbund Europa TAE, diskutierten die Podiumsteilnehmer über „Sub-Zero-Emission – Wie wir bessere Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklungen schaffen und globale Probleme durch Forschung und Entwicklung lösen“.

Hochinnovative Lösungen

Der Luft wird durch die Nutzung von Sonnenenergie bei der

Erzeugung von Methanol mehr CO2 entzogen, als dann im Verbrennungs- bzw. Energiegewinnungsprozess wieder emittiert wird. Die technisch hochinnovativen Lösungen der Firma von Obrist – aFuel und HyperHybrid – sind in mehrfacher Hinsicht bahnbrechend und haben sogar das Potenzial für ein weltweites Rollenmodell, um einerseits den Klimawandel effektiv zu bekämpfen und andererseits individuelle Mobilität und unsere Energieversorgung zu sichern – all dies zu marktfähigen Preisen. „Obrist ist mit seinen visionären Erfindungen ein Architekt für eine grüne Zukunft“, führte von Hohenhau weiter aus.

Es sei eine Illusion zu glau-

ben, dass man durch Verbote und Vorschriften eine bezahlbare Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig den Klimawandel bekämpfen könne. „Wir sehen es für Europa als nicht zielführend an, wenn die Politik einseitige (technologische) Festlegungen trifft, die dann zudem noch horrenden Kosten und Ausgaben auslösen“, so Hohenhau. Denn der Rest der Welt werde diesem Ansatz nicht folgen. Europa würde nur noch weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Das entstehende Angebotsvaku- um durch Wegfall der Anbieter aus der EU würde dann von anderen Ländern wie China ausgefüllt. Deswegen fordert der Steuerzahlerbund von der EU-Kommission ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit sowie eine umfassende Gesetzesfolgenkostenabschätzung und Effizienzprüfung von Entscheidungen. „Zudem sehen wir individuelle Mobilität als Grundrecht der Menschen und Unternehmen an“, so Jäger.

Präsident Hohenhau versicherte: „Obrist ist durch seinen aktiven Problemlösungsbeitrag für uns ein mehr als würdiger Preisträger. Die Preisverleihung ist für den Steuerzahlerbund aber nur ein Auftakt. Wir wollen Brüssel und der EU-Kommission sowie der ganzen Welt zeigen, was heute schon technisch möglich ist, um den Klimawandel effizient zu bekämpfen und wie wir dabei gleichzeitig eine nachhalti-

ge Energieversorgung sicherstellen können.“

Bessere Rahmenbedingungen schaffen

Für den Steuerzahlerbund ist der Preisträger ein Musterbeispiel für die Innovationskraft von Unternehmen. „Es sind Unternehmen, die durch ihre Forschung und Entwicklung sowie

ihre Innovationen Probleme lösen und damit einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, unsere Zukunft und unseren Wohlstand zu sichern. Wir brauchen deshalb bessere Rahmenbedingungen für mehr Forschung und Entwicklung in Europa. Dazu gehört auch eine klare Wertschätzung des Unternehmertums seitens Politik und Öffentlichkeit.“

Gemeinsamer Appell:

Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben!

Die deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs) der Landeskammern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland, die Übertragungsnetzbetreiber Amprion und TransnetBW sowie der Wirtschaftsbeirat Bayern sprechen sich entschieden gegen eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszone aus. In einem gemeinsamen Appell fordern sie eine einheitliche Positionierung aller Bundesländer und unterstreichen die Bedeutung einer einheitlichen Strompreiszone für die deutsche Wirtschaft, insbesondere im Kontext der Energiewende.

Die Diskussion um die Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszone wurde durch den „Bidding Zone Review“ der EU-Elektrizitätsverordnung initiiert. Diese Überprüfung soll die Effizienz und Stabilität der Strommärkte in Europa gewährleisten. Allerdings kritisieren die IHKs und ihre Partner die Methodik dieser Überprüfung, da sie den fortschreitenden Netzausbau in Deutschland aus ihrer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt.

Ruf nach zeitnahen Gesprächen

Eine einheitliche Strompreiszone ist laut den IHKs und ihren Partnern essenziell für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Sie argumentieren, dass stabile Rahmenbedingungen notwendig sind, um die Klimaziele Deutschlands und der EU zu erreichen. Die Unterzeichner appellieren an die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für den Erhalt einer einheitlichen Strompreiszone stark zu machen. Sie fordern zeitnahe Gespräche mit den Ländern und der EU-Kommission, um eine gemeinsame Position zu finden, die die Interessen der deutschen Wirtschaft und die Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in den Vordergrund stellt.

Eine Umsetzung der Aufteilung der Bundesrepublik in mehrere Strompreiszone bedürfte eines enormen Vorbereitungs- und Realisierungsaufwands, der sich über mindestens drei bis fünf Jahre nach einem entsprechenden Beschluss hinziehen

würde. Innerhalb dieser Jahre werden aber nach Aussage der zuständigen Übertragungsnetzbetreiber Amprion, TenneT, TransnetBW und 50Hertz relevante HGÜ-Vorhaben in Betrieb genommen. Hierzu zählten der SuedOst- (Inbetriebnahme Ende 2027) und SuedLink (Inbetriebnahme Ende 2028) sowie das Projekt A-Nord/Ultranet (Inbetriebnahme 2026/2027). Außerdem würden weitere wichtige Wechselstrom-Verbindungen und Interkonnektoren fertiggestellt und damit die kritisierten Engpassituationen in Deutschland reduziert. Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion beziffert das Einsparpotenzial allein durch die Inbetriebnahme von A-Nord/Ultranet auf 1 Mrd. Euro pro Jahr.

Netzausbau entscheidend für europäische Systemstabilität

„Außerdem würde bereits die Ankündigung einer solchen Aufteilung die Akzeptanz für den Übertragungsnetzausbau im ganzen Land beeinträchtigen; denn die Kritiker des Ausbaus könnten behaupten, dass die Beseitigung von Netzengpässen aufgrund des neuen Strompreiszonenzuschnitts nicht mehr notwendig oder zumindest nicht mehr ganz so dringlich sei“, heißt es weiter. Der Netzausbau im Übertragungsnetz sei jedoch unabhängig vom gewählten Strompreiszonenzuschnitt von entscheidender Bedeutung für die deutsche sowie die europäische Systemstabilität und das Erreichen der nationalen wie euro-

päischen Klimaziele. Daher gelte es, eine Beeinträchtigung der Akzeptanz und damit Probleme bei der Realisierung dieser wichtigen Netzevorhaben zu vermeiden.

„Bereits die Ankündigung einer Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszone würde aber auch die Investitionssicherheit und damit die so wichtige Investitionsbereitschaft der Industrie schwächen“, führen die Unterzeichner weiter aus. Dies gelte sowohl für den konventionellen Kraftwerksbau als auch für erneuerbare Erzeuger.

So würden im Norden die Anlagen Erneuerbarer Energien aufgrund des dort niedrigeren Marktpreises weniger profitabel, so dass etwa der für die Energiewende so wichtige Ausbau von Offshore-Windkraftwerken ins Stocken geriete. Zum anderen müsste die stromverbrauchende Industrie mit deutlich höheren Marktpreisen zurechtkommen. Da die Strompreise in Deutschland für die Wirtschaft im internationalen Vergleich bereits zu den höchsten weltweit zählen, wäre eine weitere Steigerung für die Wirtschaft und vor allem für deren energieintensive Industrie nicht mehr zu verkraften.

Aufgrund der engen innerdeutschen wirtschaftlichen Verflechtungen würde aber keineswegs nur die süddeutsche Industrie, sondern auch die norddeutsche Wirtschaft darunter leiden. Dann würden betroffene stromintensive deutsche Unternehmen ihre Investitionen unterlassen oder aber ins europäische und außereuropäische Ausland verlegen. Vor dem Hintergrund der derzeit ohnehin gegebenen Wirtschafts- und Investitionsschwäche hierzulande wäre ein solcher Schritt nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa wirtschaftlich schädlich, heißt es abschließend.

DK

Sauber aufg'stellt!

Mit regionaler Stromerzeugung, Wasserstoff und Elektromobilität zur Energiewende.

esb.de

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

© Martin Bolle

VKU-Stadtwerkekongress in Hannover:

Lösungen der Energie- und Wärmewende

Mehr als 700 Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland trafen sich in Hannover, um beim VKU-Stadtwerkekongress über Herausforderungen und Lösungen der Energie- und Wärmewende zu beraten. Weitere Themenschwerpunkte waren Digitalisierung, IT-Sicherheit, Geschäftsmodelle der Zukunft sowie die Verleihung des Stadtwerke Awards 2024. Als Gastgeberin fungierte auch heuer die energcity AG, bundesweit eines der größten kommunalen Energieunternehmen.

Wie VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ausführte, „zeigt Hannover als Paradebeispiel, wie man bei der Wärmewende spürbar vorwärtskommen kann. Auch weil die Zusammenarbeit des kommunalen Versorgers mit der Stadt hervorragend ist. Die kommunale Ebene allein kann es aber nicht richten. Energiepolitisch brauchen wir zeitnahe Entscheidungen zu Gesetzen und Verordnungen, um weiter ins Machen zu kommen. Was die Bundesregierung diesen Herbst nicht aufs Gleis bringt, kommt in dieser Legislaturperiode auch nicht mehr und bremst die Energiewende bis 2026 aus.“

Stadtwerke, so Liebing, benötigten Rechtssicherheit, um Energiewende-Projekte planen und entsprechend investieren zu können. Die aktuelle Ungewissheit aber hemme Investitionen. Als Beispiel nannte er den 9 Milliarden Euro-Kürzungsbedarf im Klima- und Transformationsfonds. Dies sei ein Viertel des gesamten Volumens, was den Fonds per se in Frage stelle. „Dieser Griff in die Klimakasse verhindert Planungs- und Investitionssicherheit, die

wir dringend brauchen. Das betrifft etwa das BEW-Förderprogramm für den Fernwärmeausbau, das schon jetzt hoffnungslos unterfinanziert wird. Und das betrifft auch die Kraftwerksstrategie, mit deren Hilfe neue H2-ready-Gaskraftwerke zur Sicherung der Energieversorgung bei Dunkelflauten gebaut werden sollen.“

Im Klima- und Transformationsfonds seien zu ihrer Umsetzung lediglich 250.000 Euro für 2025 und ab dann nicht einmal mehr Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Dabei werde der Gesamtförderbedarf für die geplanten Kapazitäten auf eine zweistellige Milliardensumme geschätzt. „Bei dieser Summe stellen wir uns die Frage, wie ohne gesicherte Finanzierung in den kommenden Jahren Ausschreibungen stattfinden sollen“, betonte der VKU-Hauptgeschäftsführer.

energcity-CEO Aurélie Alemany zeigte sich überzeugt, „dass wir als Unternehmen mit kommunalen Wurzeln einen großen Hebel haben, um die Energiewende weiter zu treiben“. Dabei komme es auch auf das gute Zusammenspiel zwischen dem kommunalen

Energieunternehmen und der Kommune an. Hannover könne hier als Blaupause dienen: „Bei der Wärmewende setzen wir gemeinsam mit der Landeshauptstadt Maßstäbe und sind ein echter Leuchtturm: Der Kohleausstieg befindet sich bereits in der Umsetzung. Dank eines intelligenten Technologiemixes mit ausschließlich erneuerbaren Anlagen ist die Fernwärme bis 2035 vollständig dekarbonisiert. Wir verdoppeln parallel die Länge des Netzes und bieten außerhalb der Fernwärme mit Wärmepumpen und Nahwärmenetzen klimaneutrale Lösungen.“

Mobilitätswende

Auch bei der Mobilitätswende gehe das Unternehmen voran: „Wir haben Hannover unter den deutschen Großstädten zum Spitzenreiter in Sachen Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität gemacht und bringen unsere Expertise nun auch bundesweit im Rahmen des Deutschlandnetzes ein. Zudem sind wir Frontrunner bei den Erneuerbaren und zählen schon heute zu den größten Wind-Onshore-Betreibern Deutschlands. Der Investitionsbedarf ist allerdings erheblich.“

Allein energcity plant laut Alemany, Milliarden in die Transformation des Energiesystems zu investieren. Ein verlässlicher und kosteneffizienter Investitionsrahmen etwa für den Hochlauf der

Erneuerbaren, aber auch die Wärmewende, sei dafür unerlässlich: „Wir sind der Überzeugung, dass alles vorhanden ist, was es für die Energiewende braucht. Jetzt geht es darum, die Technologien intelligent in einem digitalen Ökosystem zu vernetzen, damit die Energiewende nicht teuer wird als nötig. Denn: Damit wir die Menschen mitnehmen, brauchen wir transparente und bezahlbare Preise. Die Energiewende funktioniert nur, wenn alle in der Lage sind, mitzumachen.“

Dr. Karin Thelen, Geschäftsführerin Regionale Energiewende, Stadtwerke München GmbH, unterstrich die Bedeutung der schnellen und effizienten Umsetzung der Wärmewende. Sie hob hervor, wie wichtig eine frühzeitige Planung und Orientierungshilfe sind, um die Energiewende erfolgreich voranzutreiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssten frühzeitig und umfassend informiert und einbezogen werden. Die Wärmewende erfordert aus Thelens Sicht „Mut, Offenheit und Entschlossenheit von allen Beteiligten in Gesellschaft, Politik und Unternehmen“. Transformation bedeute, sich ganz neuen Fragen zu stellen und sich mit Unbekanntem auseinanderzusetzen. „Wir müssen Pionierarbeit leisten, denn vieles, was wir morgen brauchen werden, ist heute noch nicht vorhanden.“

Stadtwerke Award 2024

Der VKU-Stadtwerkekongress diente auch als feierlicher Rahmen für die Vergabe des „Stadtwerke Award 2024“. Ausgezeichnet wurden die Stadtwerk Haßfurt GmbH, die SWM Services GmbH (München) und die EWR AG (Worms). Die Gewinner setzten sich mit Pilot- und For-

schungsprojekten in den Bereichen Energiemanagement, Digitalisierung und Nachhaltigkeit durch.

Nach den Ausführungen von VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing „sind die Gewinnerprojekte ein gutes Beispiel dafür, wie sich kommunale Unternehmen in der dynamisch verändernden Energiewirtschaft behaupten. Das insgesamt starke Bewerberfeld beweist mit seinen Ideen und Projekten, dass der Innovationsgeist kommunaler Unternehmen ungebrochen ist. Das ist ein entscheidender Faktor für die kommenden Jahre, in denen die neue Energiewelt gleichermaßen auf Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet werden muss. Ich freue mich, dass gerade die Stadtwerke hier vorangehen.“

Mit dem „Pilotprojekt für eine Haßfurter Energiegemeinschaft - e-CREW“ belegte die Stadtwerk Haßfurt GmbH den ersten Platz. Die unterfränkische Kreisstadt Haßfurt produziert bilanziell doppelt so viel Energie aus erneuerbaren Quellen, wie sie selbst verbraucht. Wegen dieser hohen Produktion und des relativ geringen Verbrauchs durch etwa 9.000 Haushalte und einige wenige Großabnehmer besteht ein erhöhtes Risiko für Netzengpässe. Um dem entgegenzuwirken, soll der lokale und regionale Eigenverbrauch gesteigert und ein generelles Umdenken bei den Verbrauchern angeregt werden.

Im Rahmen des Pilotprojekts „eCREW“ schließen sich jeweils neun bis elf Haushalte in zehn Gruppen zusammen, um gemeinsam die Nutzung von Stromerzeugung- und Batteriespeicherkapazitäten zu simulieren und die Energieeffizienz sowie die Ausgaben zu optimieren. Das Hauptziel

besteht darin, passive Verbraucher zu aktiven Teilnehmern des lokalen Energiesystems zu machen, indem sie informierte Entscheidungen treffen und kollektive Maßnahmen ergreifen. Auf diese Weise soll der Verbrauch von lokal erzeugtem, grünem Strom gefördert werden. „Das EU-geförderte Pilotprojekt überzeugt mit einem ganzheitlichen und originellen Ansatz. Die Vermeidung von Netzengpässen und Redispatch-Maßnahmen sind vielversprechende Ansatzpunkte für die Optimierung unseres Energiesystems“, lobte die Jury.

Den zweiten Platz sicherte sich die SWM Services GmbH. Die Tochtergesellschaft der Stadtwerke München GmbH punktet mit dem Projekt „Isarlicht“. Das Konzept kombiniert den Ausbau des Glasfasernetzes mit der Einrichtung von Anschlüssen für „Smart-Gateways“. Dabei werden die ohnehin erforderlichen Arbeiten für den Glasfaserausbau genutzt, um gleichzeitig Service-Anschlussdosen im Keller oder optional auf dem Dachboden zu installieren, die zur Digitalisierung der Stromnetze dienen. Diese Anschlüsse können vom Messstellenbetreiber beispielsweise für PV-Anlagen oder andere technische Geräte genutzt werden, die einen Kommunikationsanschluss benötigen.

„Das Projekt erschließt in einem einzigen Schritt mehrere Möglichkeiten: Die Glasfaser-Anschlussdosen können sowohl für High-Speed-Internet als auch für E-Ladelösungen, Smart-Metering und weitere Digitalisierungsoptionen genutzt werden. Die Kombination beider Vorgänge ist sinnvoll, spart Ressourcen und legt den Grundstein für weitere Digitalisierungsoptionen“, lautete das Juryurteil. **DK**

Region Bayreuth ist Energiekommune des Monats Juli

Die Region Bayreuth ist von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energiekommune des Monats Juli ausgezeichnet worden. Diese Ehrung würdigt die herausragenden Bemühungen und Erfolge von Stadt und Landkreis im Bereich der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes.

Die Stadt Bayreuth war eine der ersten Mittelstädte, die sich intensiv mit dem Energiedatenmanagement auseinandergesetzt haben. Seit 2001 konnten durch entsprechende Maßnahmen knapp 10 Millionen kWh Strom eingespart werden.

Aufgrund seiner Flächengröße hat der Landkreis Bayreuth ein hohes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien. Er deckt seit 2017 seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar und erzielt damit jährliche Überschüsse zwischen 20 und 50 Prozent, die in das Stromnetz eingespeist und zur Deckung des Strombedarfes der Festspielstadt dienen. Das Regionalmanagement, ein Regionalausschuss und abgestimmte Nahverkehrspläne schaffen hierfür den synergetischen Rahmen.

Elektrifizierung kommunaler Fuhrparks

Maßgeblich vorangeschritten ist in den vergangenen Jahren die Elektrifizierung der kommunalen Fuhrparks. Bis 2030 strebt der Landkreis eine Quote von 90 Prozent an. Ab 2026 sollen in Bayreuth Wasserstoffbusse den ÖPNV ergänzen. Das grüne Gas soll durch Elektrolyse vor Ort erzeugt werden, die Energie von einem städtischen Solarpark stammen. Die Verwaltungen gehen bereits heute als Vorbild voran: Die kommunalen Liegenschaften wurden 2023 auf ihre Solareignung untersucht und werden konsequent mit PV-Anlagen ausgestattet.

Zudem versorgt in Bayreuth ein Biomasse-Nahwärmenetz des Bezirks die größte Wohnanlage der Stadt, mehrere Schulen,

Ämter und die Landwirtschaftlichen Lehranstalten. Im Landkreis gibt es vergleichbare Projekte, unter anderem wird eine Therme mit einem Biomasse-Blockheizkraftwerk beheizt. Das Weltkulturerbe Markgräfliches Opernhaus in Bayreuth wurde über mehrere Jahre saniert und dabei energetisch optimiert. Man nutzt das Wasser des unter dem Opernhaus verlaufenden Mühlkanals, um eine Wärmepumpe zu betreiben, die sowohl zum Heizen als auch zum Kühlen eingesetzt werden kann.

49 Windenergieanlagen

Auch Windenergieanlagen (WEA) haben bereits Tradition in der Region: Schon Ende der 1990er Jahre wurden in Speichersdorf zwei WEA als Bürgerenergieanlagen errichtet, heute hat etwa die Stadt Pegnitz mit der Errichtung von vier WEA eine wichtige Vorreiterrolle: Durch Eingliederung in einen Eigenbetrieb wurde eine 100-prozentige Bürgerbeteiligung für den größten kommunalen Windpark Bayerns erreicht, der Strom für 7.500 Haushalte liefert. Aktuell sind 49 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 122 MW im Landkreis Bayreuth installiert, darunter auch ein Windpark am Stadtrand von Bayreuth, dessen Areal als Naherholungsgebiet gut angenommen wird.

Als Initialzündung gemeinsamen Agierens gilt die Bewerbung Bayreuths als eine der 25 Bioenergie-Modellregionen im Jahr 2008. Durch Netzwerkaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Projekte wurde

das Bewusstsein für die Vorteile Erneuerbarer Energien in der Region Bayreuth gestärkt.

Energiedatenmanagement

„Wir sehen in dieser Auszeichnung einen Ansporn, mit unseren Bemühungen in Sachen Energiewende konsequent fortzufahren. Die Stadt Bayreuth war beispielsweise eine der ersten Mittelstädte, die sich intensiv mit dem Energiedatenmanagement auseinandergesetzt haben“, betonte Oberbürgermeister Thomas Ebersberger. „Die Erfassung geht zurück bis ins Jahr 2001. Damit sind wir Vorreiter-Kommune. Mittlerweile werden 25 Schulen, zwei Rathäuser, der Stadtbauhof, drei Kindertagesstätten sowie zahlreiche weitere städtische Gebäude erfasst – mit zählbarem Erfolg. Insgesamt konnten wir seit 2001 knapp 10 Millionen kWh Strom einsparen.“

Wie Landrat Florian Wiedemann ausführte, würdige die Auszeichnung „das langjährige und erfolgreiche Engagement des Landkreises im Klimaschutz und die gute Kooperation mit der Stadt Bayreuth im Bereich der Energiewende“. Diese Anerkennung gebühre aber auch den umweltaktiven Kommunen im Landkreis und der Vielzahl engagierter Bürger, die sich tatkräftig für die Energiewende stark gemacht haben.

Durch die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Investitionen in erneuerbare Energien oder die Etablierung von Nahwärmenetzen hätten sie wesentlich dazu beigetragen. „So konnten wir erreichen, dass der Landkreis inzwischen seinen gesamten Stromverbrauch aus erneuerbaren Quellen decken und sogar jährliche Überschüsse zwischen 20 und 50 Prozent in das Stromnetz einspeisen kann.“ **DK**

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk



Solarpark Freyung auf Erfolgskurs

Bürgerbeteiligung und Partnerschaft für die Energiewende

Die Stadt Freyung setzt ein deutliches Zeichen für die Zukunft der erneuerbaren Energien: In Linden entsteht ein neuer Solarpark, der nicht nur umweltfreundliche Energie für rund 1.200 Haushalte liefern wird, sondern auch eine breite Bürgerbeteiligung ermöglicht. Die Sparkasse Freyung-Grafenau, Bayernwerk und die Stadt Freyung haben sich gemeinsam für dieses Projekt stark gemacht und bieten der Region damit eine wegweisende Lösung für die ökologische Transformation.

Die Sparkasse Freyung-Grafenau, seit 1832 im Dienst der regionalen Entwicklung, hat sich schon früh für Nachhaltigkeit und Klimaschutz eingesetzt. Bereits vor 20 Jahren begann die Sparkasse mit der Beratung zu energetischen Modernisierungen und zur Installation von Photovoltaikanlagen. Auch durch die Mitorganisation von Energiemesen in Zusammenarbeit mit der Stadt Freyung hat sie den Weg für nachhaltige Projekte geebnet.

„Wir fühlen uns verpflichtet, den Klimaschutz vor Ort aktiv voranzutreiben. Mit unserer Marktkenntnis und unserem Finanzierungsknowhow können wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten“, betont Dietmar Attenbrunner, Vorstand der Sparkasse Freyung-Grafenau.

Ab 500 Euro

Der Energieversorger Bayernwerk unterstützt das Vorhaben mit seiner Expertise und trägt zur technischen Umsetzung des Solarparks bei. Gemeinsam mit der Sparkasse und der Kommune wurde ein Modell entwickelt, das nicht nur den Klimaschutz vorantreibt, sondern auch der lokalen Bevölkerung zugutekommt.

Bürgerinnen und Bürger können sich an dem Solarpark, der bis Herbst 2024 in Betrieb gehen soll, mit einer Mindestbetei-

ligung von 500 Euro finanziell am Projekt beteiligen und so nicht nur die Energiewende vorantreiben, sondern auch von attraktiven Renditen profitieren.

Die Stadt Freyung zeigt mit dem Solarpark in Linden, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich lobt die enge Zusammenarbeit der Beteiligten und sieht den Solarpark als wichtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung. „Dieses Projekt ist ein Beispiel dafür, wie öffentliche, private und kommunale Akteure gemeinsam die regionale Energiewende gestalten können“, so der Bürgermeister. Dank der engen Zusammenarbeit mit Bayernwerk und der Sparkasse Freyung-Grafenau sei es gelungen, ein Projekt auf die Beine zu stellen, das für alle Beteiligten von Vorteil ist.

Interessierte Bürger können sich auf der Plattform „Energiewende jetzt“ über die Beteiligungsmöglichkeiten informieren und sich direkt am Solarpark Freyung beteiligen. Damit wird die Region nicht nur ökologisch gestärkt, sondern auch die Bevölkerung in die Klimaschutzbemühungen aktiv eingebunden.

Weitere Informationen und Anmeldungen sind unter www.energie-wende-beteiligung.de möglich.



Beim Spatenstich der neuen Solaranlage, v.l.: Dietmar Attenbrunner, Vorstand der Sparkasse Freyung-Grafenau, Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich und Dr. Egon Leo Westphal Vorstandsvorsitzender Bayernwerk.

Bild: Sparkasse Freyung-Grafenau

Energieminister Aiwanger:

Keine grünen Experimente!

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur kündigen an, die Industrienetzentgelte zu ändern. Ziel ist es, das Verbraucherverhalten der Industrie flexibler zu gestalten und Anreize zu schaffen, in Zeiten hohen Stromangebots mehr und in Zeiten knappen Angebots weniger Strom zu verbrauchen. Diese Änderungen sollen helfen, das Stromnetz effizienter zu nutzen und die Integration erneuerbarer Energien zu fördern.

Nach Auffassung des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers Hubert Aiwanger „muss sich die Wirtschaft jederzeit auf eine bezahlbare und sichere Stromversorgung verlassen können. Lieferung nur bei Sonne und Wind und Unsicherheiten und Preisexplosion in der windstillen Nacht ist für ein Industrieland nicht zumutbar. Wir brauchen einen günstigen Industriestrom statt grüner Experimente. Der Vorschlag des Bundes blen-

det die Realität aus. Er ist ein fatales Signal der Unsicherheit für unseren Wirtschaftsstandort.“

Schon jetzt befindet sich das Geschäftsklima auf einem schwachen Niveau, erläuterte Aiwanger. „Wenn unsere Unternehmen in Zukunft auch noch ihre Produktionszeiten daran ausrichten sollen, wann besonders viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden kann, bringt dies künstlich weitere Unsicherheiten in den Markt. Bei vielen Industriebranchen geht das schlichtweg nicht. Die wandern dann aus. Die Politik soll stattdessen endlich ein Modell anstreben, dass auch der Privatkunde in

Strom-Überschusslagen unkompliziert billigen Strom bekommt.“

Bayern verfolge das Credo, seine heimischen Unternehmen jederzeit bedarfsgerecht und zuverlässig mit Strom versorgen zu können. Strom müsse dann zuverlässig verfügbar sein, wenn er gebraucht wird. Am aktuellen Netzentgelttrabatt für industrielle Großverbraucher dürfe nicht gerüttelt werden. Dieser sei elementar für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Bayern, etwa in der Chemischen Industrie, der Glas- oder Keramikindustrie. Vielmehr müsse der Bund dafür sorgen, dass ausreichend regelbare Kraftwerke gebaut werden, die wetterabhängige Stromproduktion vor allem aus Sonne und Wind ausgleichen können, fordert Aiwanger.

Mit Blick auf die Ankündigung einer Reform der Biomasse-Förderung durch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck stellte sein bayerischer Amtskollege fest: „Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung ist erneuerbar, regional, grundlastfähig und flexibel einsetzbar. Dieses große Potenzial hat die Ampel aus ideologischen Gründen bisher bewusst ausgebremst. Gerade die Grünen müssen endlich ihre Biomassefeindlichkeit ablegen. Den Worten von Bundesminister Habeck müssen jetzt Taten folgen.“

Neue Förderbedingungen dürften nicht wieder eine Mogelpackung aus praxisfremden Vorschriften sein, fordert Aiwanger. Biogasanlagen mit oder ohne angeschlossenen Wärmenetzen benötigten jetzt unverzüglich eine Perspektive und neue Einspeiseverträge, wenn die alten auslaufen.

Aktuell, so der Minister, herrsche in der Biogasbranche Endzeitstimmung, zwei von drei Anlagen bekämen keine neuen Verträge mehr. Er bezeichnete es als „skandalös, wenn unsere Biogasanlagen vom Netz genommen werden und die wegfallende Energie durch Frackinggas ersetzt werden muss“. Auch für Energieholz sei endlich ein klares

Bekennnis des Bundes anstatt ständiger Verunsicherung und Spekulationen über eine CO₂-Abgabe vonnöten. Die Diskriminierung von Holzenergie gegenüber der Wärmepumpe bei staatlichen Förderprogrammen sei zu beenden. Anstatt Holz in den Wäldern verfaulen zu lassen, wobei genauso viel CO₂ frei werde wie bei der Verbrennung, müsse die Nutzung von Brennholz und damit die Bewirtschaftung der Wälder aktiv unterstützt werden.

„Rückschritt für den Klimaschutz“

Der Strom aus der Wärmepumpe komme in der kalten Winternacht oftmals aus Kohle und Frackinggas, nicht aus Wind und Sonne, fuhr Aiwanger fort. Wärme aus Holz stamme dagegen zu 100 Prozent aus erneuerbarer Quelle. Dies müsse die Ampel endlich verstehen und umsetzen. Die Biomassebranche, die Land- und Forstwirtschaft, die Heizungsbranche und die Häuslebauer hätten ein Recht darauf, nach drei Jahren Ampelchaos und Verunsicherung endlich zu wissen, wie es weitergeht. Die Stilllegung von Biogasanlagen und Wäldern als Lieferant von erneuerbarer Energie sei ein „Rückschritt für den Klimaschutz“. Für den Freistaat ist Biogas ein wichtiger erneuerbarer Energieträger. Mit 2.737 Anlagen und rund 1,5 Gigawatt installierter Leistung stehen deutschlandweit die meisten Biogasanlagen in Bayern, umgerechnet ist das jede vierte Anlage. Alle bayerischen Anlagen zusammen ersetzen die Leistung des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 2.

Erst vor kurzem hatte Aiwanger mit Branchenvertretern ein gemeinsames Positionspapier unterzeichnet, das zahlreiche Forderungen pro Biomasse an die Bundesregierung adressiert, unter anderem eine deutliche Anhebung des Ausschreibungsvolumens für Biomasseanlagen auf 1.200 MW und eine Anhebung des Flexibilitätzuschlags auf 120 Euro je kW.

DK

Stärkung der E-Mobilität

MaxSolar und EGIS eG

nehmen neue Ladesäulen in Neuötting in Betrieb

Am Standort Pfarrer-Leeb-Straße / Friedhof Neuötting wurde eine DC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten à 50 Kilowatt sowie drei AC-Ladesäulen à 22 Kilowatt mit sechs Ladepunkten installiert. Zudem wurde am Parkplatz West eine weitere 50-Kilowatt-DC-Ladesäule in Betrieb genommen. Die Umsetzung dieses Projekts erfolgte durch den Projektierer MaxSolar GmbH mit Hauptsitz in Traunstein, während die EGIS eG aus Neuötting den Betrieb der Ladesäulen übernimmt.

„Die Errichtung dieser Ladesäulen ist ein bedeutender Schritt für Neuötting auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität. Wir sind stolz darauf, mit MaxSolar und der EGIS eG zwei starke Partner an unserer Seite zu haben, die dieses Projekt mit ihrem Know-how und Engagement möglich gemacht haben,“ betonte Bürgermeister Peter Haugeneder bei der Eröffnung.

Die neuen Ladesäulen bieten Elektrofahrzeughaltern eine zuverlässige und zukunftsorientierte Lademöglichkeit im Herzen von Neuötting. „Mit dieser Infrastruktur schaffen wir eine wichtige Grundlage für den weiteren Ausbau der Elektromobilität im Landkreis Altötting,“ ergänzte Florian Scharnagl, Teamlead „Sales E-Mobility“ bei der MaxSolar GmbH.

Weiterer Ausbau geplant

„Die Elektromobilität ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende, und wir freuen uns, diesen Wandel aktiv mitzugestalten. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Neuötting und MaxSolar zeigt, wie Bürgerbeteiligung und der Ausbau Erneuerbarer Energien Hand in Hand gehen können,“ so Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. Die Installa-

tion weiterer Ladesäulen ist bereits in Planung. Am Stadtplatz, genauer auf Höhe der Ludwigsstraße 103, soll eine weitere 50 Kilowatt DC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten entstehen. Langfristig besteht dort die Möglichkeit, die Anzahl der Ladesäulen auf bis zu drei zu erweitern. Der genaue Zeitpunkt für den Baustart ist abhängig vom geplanten Glasfaserausbau am Neuöttinger Stadtplatz.

Über die EGIS eG

Die EGIS eG ist eine 2013 gegründete Bürgerenergiegenos-

senschaft, die mittlerweile mehr als 2.600 Mitglieder, darunter viele Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen, zählt. Alle Mitglieder teilen die Überzeugung, dass die Energiewende in Deutschland vor allem in Bürgerhand umgesetzt werden sollte. Bisher hat die EGIS eG über 30 Erneuerbare-Energien-Projekte deutschlandweit in den Bereichen Photovoltaik und Wasserkraft umgesetzt. Neben einem historischen Wasserrad, PV-Parks und PV-Dachanlagen betreibt sie auch innovative Projekte wie z.B. PV-Parks mit Batteriespeicher oder eine PV-Lärmschutzwand. Daneben hat die EGIS eG ein eigenes E-Ladesäulennetz und einen EGIS-Ökostrom-Tarif. Zudem plant, baut und betreibt sie Fernwärmenetze. Darunter auch ein PV-Strom geführtes Fernwärmenetz. Weitere Informationen: www.egis-energie.de

□



V.l.: Pascal Lang (Vorstandsvorsitzender EGIS eG), Peter Haugeneder (Bürgermeister Neuötting) und Florian Scharnagl (Teamlead „Sales E-Mobility“, MaxSolar GmbH).

Bild: EGIS eG



Heimisches Biogas aus Reststoffen

energie schwaben

Bundesverband Geothermie:

Perspektiven und Lichtblicke

Die Bundesregierung erleichtert den Ausbau von Geothermie. Wie der Bundesverband Geothermie mitteilt, werden die Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und für Wärmespeicher beschleunigt.

Die einzelnen Gesetzesänderungen lauten wie folgt:

- Im Bürokratienteilungsgesetz IV (BEG IV) wird klargestellt, dass die oberflächennahe Geothermie (bis 400 Meter) nicht in den Anwendungsbereich des Bergrechts fällt.

- Im Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen (GeoWG) werden Genehmigungsverfahren für Geothermie, bestimmte Wärmepumpen und Wärmespeicher beschleunigt, vereinfacht und digitalisiert. Dafür sind Änderungen im Berg- und Wasserrecht vorgesehen.

- Geothermieanlagen liegen, wie andere Anlagen für Erneuerbare Energie, im überragenden öffentlichen Interesse.

- Flankierend finden sich im Gesetzentwurf für Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, der bereits am Ende August im Kabinett beschlossen wurde, ambitionierte wasserrechtliche Zulassungsfristen für Geothermie und Wärmepumpen.

- Die ebenfalls im Kabinett beschlossene Baurechtsnovelle sieht die Einführung eines Privilegierungstatbestandes für Geothermie vor und sorgt dafür, dass Geothermievorhaben im Außenbereich einfacher zugelassen werden können.

Wie Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte, sei das Potenzial der Geothermie jahrzehntelang in Deutschland vernachlässigt worden. „Jetzt holen wir die Geothermie endlich aus ihrem Schattendasein. Wir sorgen dafür, dass die Wärmeenergie aus tiefen Erdschichten für unsere Energieversorgung gezielt

und unbürokratisch erschlossen werden kann. So können wir die Energiewende auch im Wärmebereich schneller vorantreiben und damit unsere Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle weiter verringern.“

Förderung für SWM

Wichtige Unterstützung für die Münchner Wärmewende: Die SWM erhalten dem Bundesverband Geothermie zufolge 43,9 Millionen Euro aus der „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“. Sie hatten die Förderung für den Bau ihrer nächsten Geothermieanlage und den Ausbau der Fernwärme im Netzabschnitt Nordost beantragt. Die Summe deckt 40 Prozent der von den SWM berechneten förderfähigen Kosten für diese Projekte.

Für Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM, ist der Förderbescheid „ein wichtiger Baustein dafür, dass die SWM die Wärmewende konsequent weiter umsetzen können. Für den kompletten Umbau auf eine CO₂-freie Fernwärme bis 2040 benötigen die SWM nach aktuellen Planungen 9,5 Milliarden Euro, das können wir nicht allein stemmen. Daher begrüßen wir, dass die BEW fortgesetzt wird. Allerdings glauben wir, dass die künftig dafür vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden und appellieren daher an die Bundesregierung, diese zu überprüfen und anzupassen.“

Die BEW ist ein zentrales Förderinstrument zur Modernisierung und zum Ausbau von klimafreundlichen und effizienten Wärmenetzen. Unterstützt werden Projekte, die erneuerbare Energien und innovative Technologien integrieren. Damit leistet die BEW einen wichtigen Bei-

trag zur Reduktion von CO₂-Emissionen in der Wärmeversorgung.

Mit dem nun erteilten Bescheid bestätigen die Fördergeber den Transformationsplan der SWM hin zu einer CO₂-freien Fernwärme und unterstützen dessen Umsetzung. Bereits seit 2012 arbeiten die SWM daran, die Fernwärme bis 2040 klimaneutral zu erzeugen und setzen dabei massiv auf den Ausbau von Geothermie.

Amperland Thermalwärme

Erfreulich auch: Zur Aufsuchung von Erdwärme hat das Gemeindefür Abfallwirtschaft (GfA) mit Sitz im Olchinger Ortsteil Geiselbullach die „Amperland Thermalwärme GmbH“ gegründet. Hintergrund ist die Begrenzung finanzieller Risiken, die sich nicht auf die von den Bürgern in beiden Landkreisen zu zahlenden Müllgebühren auswirken sollen. Dafür machten die Kreistage der beiden Landkreise Fürstentumbruck und Dachau den Weg frei.

Das GfA liefert Strom und seit 2001 auch Fernwärme aus der Abfallverbrennung in angeschlossene Netze der Kommunen Olching und Bergkirchen und zudem Prozesswärme für Betriebe in beiden Gewerbegebieten. Nach Angaben des Unternehmens könne die Geothermie nun flexibel in die vorhandene Fernwärme-Infrastruktur eingegliedert werden. Der Bohrplatz wird sich auf dem eigenen Firmengelände befinden, das rund um die Uhr überwacht wird und für das ein erprobtes Sicherheitskonzept gilt. Die Gründung der Amperland Thermalwärme GmbH war auch erforderlich, um Förderanträge stellen zu können.

Oberhaching

Wie der Bundesverband Geothermie des Weiteren berichtet, überarbeiten die Gemeindegewer-

ke Oberhaching die Geothermiebohrung. Um die Förderbohrung der Anlage, die seit Dezember 2013 in Betrieb ist, mit neuester Technik auszustatten, werden nun weitere Arbeiten durchgeführt.

Ende 2023 wurde die Förderbohrung, die pro Sekunde bis zu 100 Liter Thermalwasser mit einer Temperatur von 135 Grad an die Oberfläche pumpt, nach zehnjähriger Betriebszeit von entstandenen Ablagerungen befreit und für den künftigen Betrieb ertüchtigt. Nach diesen Arbeiten konnten weitere Messungen zur sogenannten Bohrlochintegrität erfolgen, im Zuge derer festgestellt wurde, dass das Stahlrohr, das in einem Zementmantel durch das Erdreich führt, an verschiedenen Stellen Verformungen aufweist.

Um die Förderbohrung für viele weitere Betriebsjahre zu ertüchtigen, werden jetzt in die bestehende Verrohrung mehrere hundert Meter Stahlrohre mit einem Durchmesser von 16 Zoll, also rund 40 Zentimetern, eingebaut. Diese werden gegenüber den vor über zehn Jahren verwendeten Rohren eine deutlich höhere statische Belastbarkeit haben und dadurch auch für mögliche höhere Förderraten noch ausreichende Sicherheitsreserven aufweisen.

Auf dem Gelände in Taufkirchen ist deshalb jetzt eine Bohranlage zu sehen, die zur Überarbeitung des Bohrstrangs dient. Durch die vorübergehende Öffnung des Thermalwasserkreislaufs kann es zu sichtbaren, aber unschädlichen Wasserdampf-Austritten an einem eigens dafür installierten Verdampfer kommen. Die Arbeiten, die durch das Bergamt Südbayern genehmigt wurden und laufend überwacht werden, sol-



In Zukunft grünes Gas für Wolfertschwenden

Wegenutzungsvertrag mit schwaben netz abgeschlossen

schwaben netz, hundertprozentige Tochtergesellschaft von energie schwaben, übernimmt die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde Wolfertschwenden. Im August unterzeichnete Bürgermeisterin Beate Ullrich den Wegenutzungsvertrag. Mit auf dem Bild sind Rudolf Meinel, Dipl.-Geograf und Bauamtsleiter der Verwaltungsgemeinschaft Bad Grönenbach, (r.) und Christian Windisch, Konzeptionsmanagement schwaben netz.

„Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger die zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung in Wolfertschwenden langfristig sicherstellen. Auch unsere Gewerbetreibenden und die Versorgung kommunaler Einrichtungen liegen uns als Gemeinde am Herzen“, sagte Bürgermeisterin Ullrich bei der Vertragsunterzeichnung.

Biomethan und Wasserstoff: Gas kann grün

„Die Gasnetze bleiben auch zukünftig wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur für eine zuverlässige Energieversorgung“, betonte Christian Windisch, Konzeptionsmanagement schwaben netz. „Wir setzen uns intensiv für die Umstellung der Verteilnetze ein. Über 95 Prozent unseres Gasverteilnetzes sind Wasserstoff-ready, sodass es in der Zukunft auch für den Transport von reinem Wasserstoff genutzt werden kann.“

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und umweltschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.

Bild: schwaben netz

len bis Mitte Oktober und damit rechtzeitig zu Beginn der neuen Heizsaison abgeschlossen sein.

Die mittlerweile mehr als 1.500 Taufkirchen zur Verfügung gestellt oder durch die in der Energiezentrale an der Raiffeisenallee installierten Redundanzheizkessel.

sig mit Wärme versorgt. Dazu wird regenerative Wärme erstmalig auch durch die BioEnergie Taufkirchen zur Verfügung gestellt oder durch die in der Energiezentrale an der Raiffeisenallee installierten Redundanzheizkessel. **DK**

Energie Südbayern eröffnet neuen Schnellladepark in Pentling

Innovatives Konzept: Elektroautos laden mit bis zu 400 kW unterm PV-Dach

In Pentling (Landkreis Regensburg) laden Elektroautos künftig mit höchster Geschwindigkeit. Energie Südbayern (ESB) hat im September 2024 in Ammerholz einen neuen HPC-Schnellladepark (High Power Charging) eröffnet. Ab sofort stehen dort insgesamt zwölf Ladepunkte zur Verfügung mit einer Ladeleistung von bis zu 400 kW – aktuell ein Spitzenwert in der öffentlichen Ladeinfrastruktur.

Der Standort eignet sich bestens für das Hochleistungsladen: Zentral gelegen zwischen Autobahn und Bundesstraße ist für den Durchreiseverkehr die kurze Ladedauer besonders wichtig. Die Möglichkeit, ohne unnötig lange Pausen zügig weiterzufahren, macht Elektromobilität auch für längere Strecken attraktiv.

Solardach: Stromerzeugung und -abnahme

In Pentling setzt ESB auf das Zusammenspiel von Stromerzeugung und -abnahme. Ein Teil der Ladepunkte erhält eine Überdachung mit Photovoltaik-Modulen. Der vor Ort erzeugte Ökostrom wird genutzt, um die Elektrofahrzeuge aufzuladen.

Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung bei ESB, erläutert das innovative Konzept: „Mit zunehmender Verbreitung von Elektroautos steigt nicht nur die Nachfrage nach öffentlichen Lademöglichkeiten, sondern auch der Strombedarf. Unser neuer Ladepark mit PV-Überdachung verbindet diese beiden Aspekte. Wir stärken nicht nur die Ladeinfrastruktur, sondern erzeugen nachhaltig Strom direkt dort, wo er benötigt wird.“

Durch intelligente Ladelösungen für zuhause und unterwegs macht ESB Elektromobilität im Alltag komfortabel. In Ober- und Niederbayern betreibt das Unternehmen gemeinsam mit regionalen Betreibern bereits heute über 1.000 Normal- und Schnellladepunkte abseits der großen Metropolen. Damit ist ESB Vorreiter bei der Entwicklung von Lade-

infrastruktur im ländlichen Raum.

Der Lade- und Bezahlvorgang ist sowohl für Gelegenheits- als auch für Stammkunden unkompliziert: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. In Zusammenarbeit mit [ladenetz.de](https://www.ladenetz.de) bietet die ESB auch eine eigene Ladekarte an, die Fahrern europaweit Zugang zum Elektroladnetz ermöglicht. Zudem ist das Adhoc-Laden, also mittels Kreditkarte, möglich. **□**



Offizielle Eröffnung des Ladeparks in Pentling, v.l.: Markus Böske (Geschäftsführer ESB), Barbara Wilhelm (Erste Bürgermeisterin Pentling), Thomas Aunkofer (Grundstückseigentümer) und Daniel Inkoferer (Projektverantwortlicher ESB).
Bild: ESB



GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

100% ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR IHRE KOMMUNE

Nachhaltig. Zukunftssicher. Klimaschonend.

Wir entwickeln Photovoltaik- und Windprojekte von der grünen Wiese bis zur Inbetriebnahme der Anlagen. Und wir sorgen mit Wärme-, Wasserstoff- und E-Mobilitätslösungen dafür, dass die Menschen vor Ort von der Energieerzeugung profitieren – und die Wertschöpfung in der Region bleibt. Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Gemeinde mit GP JOULE.

www.gp-joule.de | kommunen@projects.gp-joule.de | T+49 8274 9278-851

Mit Transformationswissen gegen den Frust

Wie Kommunen ihre Mitarbeiter im Klimaschutz motivieren können

Wer den Klimaschutz in seiner Kommune voranbringen will, der setzt auf Klimaschutzmanagerinnen und -manager. Doch die Stellen sind oft starken personellen Wechsellern unterworfen. Eine hohe Fluktuation sorgt für ein permanentes Abwandern fachlichen Know-hows und folglich eine starke Ineffizienz des kommunalen Klimaschutzes. Mit gezielten Fortbildungen können Klimaschutzmanagerinnen und -manager lernen, wie sie mit den Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung umgehen können und das Bewusstsein für den Klimaschutz auch auf organisatorischer Ebene stärken können.

Die Arbeit im kommunalen Klimaschutzmanagement ist vielfältig und komplex. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für die Erarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzstrategien und sind damit das Bindeglied zwischen der Kommune und den Einwohnerinnen und Einwohnern in Klimaschutzfragen. Zugleich nehmen sie innerhalb der Verwaltung eine Querschnittsaufgabe wahr. Als Mittler und Entwickler zwischen Amtsleitung, Öffentlichkeitsarbeit, Bauamt und anderen Bereichen der Verwaltung, bringen sie in vielfältigster Weise ihr Wissen rund um Klimaschutzmaßnahmen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein.

Entscheidend ist ein gemeinsames Ziel

Besonders gut funktioniert der Klimaschutz in Kommunen, in denen die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Unterstützung der Hauspitze und der einzelnen Fachabteilungen spüren. Einer Umfrage von EQU:WIN zufolge, sehen 69 Prozent der befragten Klimaschutzmanagerinnen und -manager neben der großen Unterstützung auch klare Ambitionen durch Vorgesetzte bzw. Verwaltungschef als größ-

ten Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Klimaschutzzielen. Das verdeutlicht, dass vor allem ein gemeinsames Ziel entscheidend ist, selbst wenn dieses möglicherweise hochgesteckt ist und vielleicht in der Realität nur mit starken Bemühungen erreicht werden kann.

Die hohen Anforderungen an das Klimaschutzmanagement treffen zu oft jedoch auch auf eingefahrene Strukturen in den Verwaltungen. Die oftmals neu oder erst in jüngster Zeit geschaffenen Stellen wirken zu Beginn wie Fremdkörper in einer eingespielten kommunalen Verwaltung. Dass diese Stellen explizit den Finger in die Wunde kommunaler Klimaschutzversäumnisse legen und dadurch offenlegen, wo die jeweilige Kommune und ihre Bürgerinnen und Bürger die Bemühungen für einen nachhaltigen Klimaschutz und eine zukunftsfähige Anpassung an die Klimawandelfolgen intensivieren muss, verbessert die Ausgangslage der Klimaschutzmanagerinnen und -manager nicht.

Die Folge ist eine hohe Frustration über das Verfehlen eigener beruflicher Ziele innerhalb der Klimaschutzarbeit, sowie das Aufreiben zwischen der Diskussion mit und der Moderation zwischen den einzelnen Fachabtei-

lungen der Verwaltung. Daraus resultiert nicht selten die Hoffnung, dass es in der nächsten Kommune oder der nächsten Organisation schon besser laufen werde. Noch bevor es überhaupt zu diesem Gedanken kommt, der schließlich in einer Kündigung und einer hohen Fluktuation mündet, setzen gezielte Fortbildungsmaßnahmen an, die ein umfangreiches Transformationswissen vermitteln.

Kompakte Fortbildung

In entsprechenden Fortbildungen, die die Münchner Kommunikationsagentur EQU:WIN für Klimaschutzmanagerinnen und -manager anbietet, bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben Einblicken in die Methodik des Storytellings und der Moderation auch schwieriger Gruppensituationen auch eine Einführung in Projektmanagement. Denn neben den bereits angesprochenen Faktoren ist für die erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzstrategien in den Kommunen auch der richtige Umgang mit den knappen personellen und finanziellen Ressourcen wichtig.

Kommunen sind Dienstleister von der Wiege bis zur Bahre. Ihr umfassender Tätigkeitsbereich bedingt die finanzielle Abwägung zwischen allen Aspekten des Lebens in einer Stadt oder Gemeinde. Klimaschutz ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit und muss sich trotzdem in das Gefüge eng begrenzter kommunaler Haushalte einfügen.

Angebot der EQU:WIN

Mit dem „Transformationswissen für Klimaschutzmanager:innen“ bietet EQU:WIN eine kompakte Fortbildung an, die in ihrer preislichen Gestaltung nicht nur auf die finanziellen Gestaltungsräume des kommunalen Klimaschutzes Rücksicht nimmt, sondern den Teilnehmern auch genau jene Methoden an die Hand gibt, die sich in diesem Spannungsfeld gut umsetzen lassen. So lässt sich aus Sicht der kommunalen Verwaltungen mit einer gezielten und methodisch hochwertigen Fortbildung nicht nur die Wertschätzung den eigenen Mitarbeitenden gegenüber ausdrücken, sondern die Effizienz der Klimaschutzarbeit steigern. **Benjamin Hahn**

Weitere Informationen

Die EQUWIN-Klimaakademie bietet neben dem bewährten Basisseminar Transformationswissen neue Kurse zur Grundlagenermittlung sowie zur gezielten Befähigung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanager und -managerinnen an. Um radikale Kooperation zur Beschleunigung geht es im Klimasalon: „voneinander lernen, von Praktiker:innen für Praktiker:innen“.

Weitere Informationen zum Angebot der EQU:WIN-Klimaakademie – Transformation für den Klimaschutz auf <https://equwin.com/klimaakademie>



Geothermie:

Grünwald hat seine Versorgungssicherheit weiter ausgebaut

Zwischen den beiden geothermischen Erzeugungs-Standorten Laufzorn und Unterhaching entstand in den letzten 18 Monaten eine neue, etwa 4,8 km lange, Fernwärme-Transportleitung, die den Norden des Grünwalder Fernwärmenetzes versorgt.

Bei einer kleinen Feier am Schachtbauwerk wurde die neue Fernwärme-Transportleitung offiziell in Betrieb genommen. Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl (r.) und Andreas Lederle, Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, dankten den geladenen Gästen, die federführend an der Planung und am Bau der neuen Fernwärme Transportleitung beteiligt waren.

Wie weitsichtig es war in Tiefengeothermie zu investieren, zeigt sich heute ganz besonders. Die Nachfrage nach nachhaltiger heimischer Energie ist enorm. 2022 hat die Erdwärme Grünwald den Anschluss von 100 Haushalten geplant, tatsächlich wurden 423 neue Verträge abgeschlossen. 2023 wurden 170 Haushalte neu angeschlossen. Für 2024 rechnet man mit rund 150 neu gebauten Anschlüssen.

Derzeit betreibt die Erdwärme Grünwald ein Fernwärmenetz mit einer Gesamtleitungslänge von rund 120 km. – Die Erdwärme Grünwald betreibt damit das größte tiefengeothermische Fernwärmenetz in ganz Europa, mit Ausnahme von Island. Bild: EWG



Einweihung des neuen Zahlungsterminals in Sulzemoos, v.l.: Thomas Rahmen (SMART/LAB), Rüdiger Schulze (SMART/LAB), Johannes Kneidl (Bürgermeister Sulzemoos), Jürgen Hitz (ESB), Dr. Christoph Ullmer (Thüga AG) und Dr. Peter Robejsek (Mastercard). Bild: SMART/LAB

Partnerschaft für mehr Ladekomfort

Energie Südbayern, Mastercard und SMART/LAB erleichtern das Bezahlen an Elektroladestationen und starten Pilotprojekt

Die Unternehmen Energie Südbayern (ESB), Mastercard und SMART/LAB haben eine Partnerschaft bekanntgegeben, um das Bezahlen an Elektroladestationen komfortabler zu gestalten. Ziel der Zusammenarbeit ist es, eine weitere bequeme und unkomplizierte kontaktlose Zahlungsoption mittels Debit-, Kredit- oder Prepaidkarte anzubieten.

Im Rahmen dieser Kooperation integriert SMART/LAB ein innovatives Zahlungsterminalprodukt in die bestehende Backend-Architektur der Ladesysteme. Die Lösung ermöglicht es, Ladevorgänge direkt, einfach und sicher mit allen gängigen bargeldlosen Zahlungs- und Autorisierungsmethoden abzuwickeln, ohne eine Vertragsbindung eingehen zu müssen. Das Produkt erfüllt dabei die Anforderungen der AFIR (Alternative Fuels Infrastructure Regulation), durch die alle ab dem 13. April 2024 errichteten öffentlich zugänglichen Ladepunkte in der Europäischen Union mit einer Ladeleistung von mindestens 50 kW diese Form der Bezahlmöglichkeit anbieten müssen.

Erstes Pilotprojekt startet in Sulzemoos

Die ESB spielt eine entscheidende Rolle in dieser Partnerschaft, indem sie ihre fortschrittliche Ladepark-Infrastruktur auf dem Pendlerparkplatz neben der Autobahn A8, Ausfahrt Sulzemoos, für das gemeinsame Pilotprojekt zur Verfügung stellt. Mit dieser neuen Testumgebung, die nun feierlich eröffnet wurde, ermöglicht die ESB die praxisnahe Evaluation des innovativen Zahlungsterminals von SMART/LAB. „Das Projekt in Sulzemoos kann zur Blaupause für viele andere Ladepark-Standorte in Südbayern werden. Sicheres und vor allem komfortables Bezahlen ist eine wesentliche Voraussetzung, um die nachhaltige Mobilitätswende schneller voranzutreiben“, sagt Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung der Energie Südbayern. Als erfahrener Akteur im Bereich der Elektromobilität mit rund 1.000 Ladepunkten in Südbayern, trägt die ESB dazu bei, die Elektromobilitätsinfrastruktur zu verbessern und innovative Lösungen zu entwickeln, die das Ladeerlebnis für Elektrofahrzeugnutzende weiter optimiert.

„Elektromobilität kann sich nur durchsetzen, wenn eine flächendeckende Versorgung mit Lademöglichkeiten gewährleistet ist“, erklärt Dr. Peter Robejsek, Geschäftsführer bei Mastercard Deutschland. Auf die Bedürfnisse der E-Autofahrer müsse dabei Rücksicht genommen werden, fährt er fort, und schließlich seien einheitliche Standards und sichere, offene Bezahlssysteme wichtig, um die Akzeptanz

bei den Verbrauchern zu fördern und so eine nachhaltige E-Mobilität zu stärken.

Derzeit erfolgt das Bezahlen beim Reisen mit Elektrofahrzeugen im Wesentlichen vertragsgebunden, das heißt unter Einsatz sogenannter Ladekarten und es fehlt der Zugang zu einer einheitlichen und offenen Zahlungsinfrastruktur. „Die Einführung des SMART/LAB-Bezahlterminals“, ist sich Dr. Mark Walcher von SMART/LAB sicher, böte den Nutzern mehr Optionen zum Bezahlen des Ladevorgangs: „Wir begrüßen dies ausdrücklich, denn es vereinfacht den Zugang für eine breitere Nutzerbasis.“

Als Initiator dieses Pilotprojekts bringt Mastercard seine umfassende Expertise im Bereich digitaler Zahlungslösungen ein,

um Innovationen voranzutreiben und die nahtlose Integration von Zahlungsdienstleistungen in die Elektromobilität zu fördern. Entstanden ist das Pilotprojekt aus einer Kooperation mit der Thüga Aktiengesellschaft, welche das Ziel verfolgt Städte zu digitalisieren und nachhaltig zu entwickeln. SMART/LAB und ESB kamen als Umsetzer hinzu.

Durch die Zusammenarbeit mit der ESB und SMART/LAB setzt Mastercard einen klaren Fokus auf die Schaffung einer verbesserten Nutzererfahrung für Fahrerinnen und Fahrer von Elektrofahrzeugen. Das Technologieunternehmen sieht in dieser Partnerschaft die Chance, die Elektromobilität durch erweiterte Zahlungsmöglichkeiten voranzubringen und somit einen Beitrag zur Entwicklung einer nachhaltigen und effizienten Mobilitätslandschaft zu leisten. Weitere Unternehmen der Thüga-Gruppe planen die Lösung in den kommenden Monaten ebenfalls auszurollen. □

Kom.EMS:

Energieeffizienz verbessern und Einsparpotenzial heben

So können Kommunen Energie sparen: Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) stellt bayerischen Städten und Gemeinden mit dem kommunalen Energiemanagement-System, kurz Kom.EMS, einen Werkzeugkasten zur Bewertung und Optimierung ihres Energiemanagements zur Verfügung

„Wenn es um Energieeffizienz und Klimaschutz geht, nehmen Städte, Gemeinden und Landkreise eine zentrale Rolle ein“, sagt Astrid Max von der LENK. „Denn im verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen Ressourcen sind sie nicht nur Akteur, sondern auch Vermittler und Vorbild. Die LENK unterstützt nun die bayerischen Kommunen bei diesen Herausforderungen.“

Arbeitshilfen und Rechentool

Ein Kom.EMS-Leitfaden hilft beim Aufbau eines Energiemanagement-Systems und der mit dem Kom.EMS-Check lassen sich bestehende Systeme bewerten. Herzstück von Kom.EMS ist ein Fragen- und Bewertungskatalog, nach dem drei Qualitätsstufen erreichbar sind, die auch extern bewertet und zertifiziert werden: Basis, Standard und Premium. Zu allen Fragen der drei Bewertungsstufen gibt es Arbeitshilfen, wie zum Beispiel ein Rechentool für Energiesparmaßnahmen und Muster-Beschlussvorlagen.

„Eine Zertifizierung und eine öffentlichkeitswirksame Auszeichnung schaffen für die kommunalen Verwaltungen einen zusätzlichen Anreiz, sich mit dem Thema Energiemanagement auseinanderzusetzen“, erklärt Max. „Sie können eine Vorbildrolle einnehmen. Und um Kommunen hierbei zu unterstützen, wird neben der Anlaufstelle an der LENK in den nächsten Monaten ein Netzwerk an Coaches in Bayern aufgebaut werden.“

Kom.EMS ist ein Werkzeug für den systematischen Aufbau und die Verstärkung eines Energiemanagement-Systems für kommunale Verwaltungen. Es ist speziell auf deren Anforderungen zugeschnitten und orientiert sich an der DIN EN ISO 50001, einem internationalen Standard für Energiemanagementsysteme.

Die Nutzung von Kom.EMS wird durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) sowie das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) finanziert und ist für Kommunen kostenfrei: Registrierung und weitere Informationen auf www.lenk.bayern.de. □

Maßgeschneiderte Qualifizierung für kommunalen Klimaschutz

Sie sind verantwortlich für die Zukunftsfähigkeit Ihrer Kommune und suchen praxisorientierte Fortbildungen?

Wir haben die Kurse für Ihren Erfolg.

<https://equwin.com/klimaakademie>

EQU:WIN





V.l.: Martin Stumpf, Landrat Stefan Rößle, Dr. Erwin Lohner, Pater Stan und der Schuldirektor der Grundschule Awila. Bild: Ramona Ruf

Schulbauprojekte im Norden Ugandas:

Gemeinsam Großes bewirken

Landkreis Donau-Ries/Uganda „Wenn in manchen Ländern schon der Schatten eines Baumes zum Unterrichten dient, dann schafft dort ein Schulgebäude eine ganz neue Bildungslandschaft...“

allein reicht nicht aus – es ist die Gemeinschaft, die den Ort mit Leben füllt und den Kindern hilft, ihre Potenziale zu entfalten...“

Martin Stumpf, Vorsitzender des Vereins „Vier Steine für Afrika“, unterstreicht ebenfalls die Bedeutung der Gemeinschaft: „Neben den Spendern und Lehrern leisten auch die Eltern einen wichtigen Beitrag...“

re nach dem Ende des Bürgerkriegs 2006 in ihre Heimatdörfer zurück. Während des Konflikts mussten sie vor Rebellenangriffen fliehen. Schulen wurden zerstört und Dörfer verlassen...“

Bildung als kollektive Traumabewältigung

Pater Stan, der seit 18 Jahren in der Region tätig ist, betont die zentrale Rolle von Bildung für die kollektive Traumabewältigung: „Bildung ist der Schlüssel, um den Kreislauf von Unsicherheit und Armut zu durchbrechen...“

Die Delegation besuchte 13 Schulen, von denen viele stark baufällig und dringend sanierungsbedürftig sind. Oft sitzen die Kinder mangels Schulbänken auf dem staubigen Boden...“

Neue Schulgebäude wie das in Awila, das durch den Verein „Vier Steine für Afrika“ und die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ errichtet wurde, bieten dagegen sichere und stabile Lernorte...“

Gemeinschaft als Schlüssel zum Erfolg

Die Grundschulkinder in Awila begrüßen die Gäste aus Deutschland unter einem großen Baum mit Liedern und Tänzen – ein Baum, der zwar nicht mehr für den Unterricht genutzt wird, aber weiterhin als wichtiger Treffpunkt dient...“

Der Besuch in der Region Alenga im Norden Ugandas zeigte eindrucksvoll, wie wichtig die Schulprojekte für die Menschen vor Ort sind. Viele kehrten erst Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs...

Masthead of GemeindeZeitung: ISSN 0005-7045, Fachblatt der KPv in Bayern, Herausgeber: Landrat Stefan Rößle, Redaktion: Constanze von Hassel, Doris Kirchner, Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver, Telefon 08171 / 9307-11, Ständige Mitarbeiter: Sebastian Franz, Peter Müller, Anzeigen und Vertrieb: Monika Steer, Telefon 08171 / 9307-12, Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: € 38,25 zzgl. MWSt., Sammelabo ab 10 Zeitungen: € 100,-

GZ PINOS WELT

Jetzt ist er da, der Herbst und hat uns ziemlich kalt erwischt. Ganz im Süden hat er sich mit Dauerregen eingeführt...“



tos, die aber kaum gekauft werden. Bei uns sind immer noch Tesla, BMW, VW und Opel Zulassungs-Kings. Zurückzuführen ist der E-Auto-Blues auf zwei Faktoren: Nicht genügend Ladesäulen...“

Stichwort Superfabriken: Im Frühjahr jagte eine Nachricht die andere, wo in der Republik jetzt überall Chipfabriken aus dem Boden schießen werden...“

Herbst des Missvergnügens

Stichwort grüner Strom: Da rissen die Jurbeldmungen nicht ab, wie rasant der Anteil des nachhaltigen aus Sonne und Wind erzeugten Stroms steige und steige...“

sich das öffentliche Ladernetz in Ihrer Umgebung an und bedenken Sie, dass in Bayern das Netz bundesweit am dichtesten ist. Dann ist klar, dass Teile der Republik ladefreie Zonen sind...“

Unter diesem Stop-and-Go leidet ja nicht nur die Autoindustrie. Beispiel Ladesäulen: Da wurde eine Förderung für private Ladesäulen aufgelegt, die so knapp bemessen war...“

Bei all dem Chaos hoffe ich nur, dass G. B. Shaw am Ende Recht hat: „Der Nachteil der Intelligenz ist, dass man ständig gezwungen ist, dazulernen.“

Ihr Pino

Spender: Kreisrat Dr. Andreas Becker aus Möttingen, der eine dringende benötigte Schulsanierung unterstützen möchte...“

gen wollen“, betont Rößle. „Zu erleben, wie viel Freude schon kleine Veränderungen – eine neue Schulbank oder ein neuer Fußball – auslösen können...“

de Hilfe zählt und einen riesigen Unterschied machen kann.“

Weitere Informationen können unter www.viersteinefuerafrika.de und unter www.donau-ries.de/ez abgerufen werden.

Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen:

„Erfolgreich auf dem Weg zur digitalen Kita“

Abschluss zur Kampagne „Startchance kita.digital“

Vertreterinnen und Vertreter aus sechs Kindertageseinrichtungen, die an der Kampagne „Startchance kita.digital“ im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen sowie im Nachbarlandkreis Garmisch-Partenkirchen teilnahmen...“

Weg zur digitalen Kita gemacht. Sie erhielten vielfältige Anregungen für die digitale Foto-, Audio- und Filmarbeit mit Kindern...“

Die im September 2021 bayernweit gestartete Kampagne ist ein mehrjähriges, kostenfreies Qualifizierungsangebot des Bayerischen Familienministeriums...“

kreativen, kritischen und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu begleiten“, so das Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP)...“

Die Teilnahme an der Kampagne ist für Kitas eine große Bereicherung, um Kinder an die digitale Welt, deren Chancen und Herausforderungen aktiv und sicher heranzuführen...“

„Beim Eintritt in die Kita haben heute die allermeisten Kinder bereits Erfahrungen mit digitalen Medien. Und sie haben Anspruch, dass ihre Kinderrechte auf Teilhabe, Schutz und Befähigung in der digitalen Welt erfüllt werden...“

In den einjährigen Kampagnenkursen gehen die daran teilnehmenden Kitas mit den Kindern und unter Einbezug der Eltern erste Schritte in die digitale Bildungswelt...“

Alle derzeitigen Kampagnenkitas gehören nach dem Kurs dem Bayerischen Netzwerk „kita.digital.vernetzt“ an und erhalten dort weitere vielfältige Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote...“



Die Preisträger des Bürgerenergiepreises Niederbayern 2024.

Bild: Armin Weigel / Bayernwerk Netz GmbH

Auszeichnung für vorbildhafte Projekte:

Bürgerenergiepreis in Niederbayern verliehen

Bayernwerk Netz und Regierung von Niederbayern verleihen insgesamt 10.000 Euro Preisgeld

Landshut. Im Juli hat die Bayernwerk Netz GmbH in Kooperation mit der Regierung von Niederbayern zum zwölften Mal den Bürgerenergiepreis verliehen. Der Preis für vorbildhafte Projekte wurde in Landshut in den Räumlichkeiten der niederbayerischen Regierung verliehen. Die diesjährigen Preisträger sind die Sankt Notker Schule in Deggendorf, Michael Putz aus Freyung (Landkreis Freyung-Grafenau) und das Johannes-Gutenberg-Gymnasium aus Waldkirchen (Landkreis Freyung-Grafenau).

Ausgezeichnet wurden die Projektleiter von Markus Leczycki, Leiter Preisträgerinnen und Preisträgerinnen der Kommunalverwaltung der Bayernwerk Netz GmbH, und Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade jetzt wird vielen Menschen klar, dass sie eine grundlegende Transformation bedeutet. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, Verständnis zu wecken. Und genau das tun unsere Preisträgerinnen und Preisträger mit ihren Projekten“, sagte Markus Leczycki. Rainer Haselbeck ergänzte: „Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, aber vor allem ist sie ein Mitmachprojekt. Die ausgezeichneten Projekte zeigen eindrucksvoll, dass jeder im Kleinen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten kann.“ Für den Bürgerenergiepreis wurden insgesamt 10.000 Euro Preisgeld vergeben.

ernwerk Netz GmbH, und Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade jetzt wird vielen Menschen klar, dass sie eine grundlegende Transformation bedeutet. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, Verständnis zu wecken. Und genau das tun unsere Preisträgerinnen und Preisträger mit ihren Projekten“, sagte Markus Leczycki. Rainer Haselbeck ergänzte: „Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, aber vor allem ist sie ein Mitmachprojekt. Die ausgezeichneten Projekte zeigen eindrucksvoll, dass jeder im Kleinen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten kann.“ Für den Bürgerenergiepreis wurden insgesamt 10.000 Euro Preisgeld vergeben.

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19/2024, die am 10.10.2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
• Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
• Kommunaler Bau
• Krankenhäuser · Pflegeheime
• Schulen · Kindergärten · Spielplätze
• Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
• Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

Schulprojekt „Unsere vier Säulen der Nachhaltigkeit“

Schülerinnen und Schüler der Berufsschulstufe an der Sankt Notker Schule in Deggendorf haben sich vier Wochen lang innerhalb verschiedener Projekte mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt. Eine Gruppe hat beispielsweise aus Sperrholzplatten einen Baum mit vier dicken Ästen gesägt. An jedem Ast hängen Zweige in Form von Plakaten und QR-Codes zum Weiterstöbern.

Dabei werden die vier Themengruppen Achtsamkeit im Alltag, Fortbewegung und Klimaschutz, Konsum und Ernährung sowie Umgang mit Müll behandelt. Der Baum hängt im Gang der Schule an einer Wand, sodass die Schüler jederzeit etwas über Nachhaltigkeit erfahren können. Auch außerhalb dieser Projektwoche achten die Lehrkräfte der Schule darauf, den Kindern den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu vermitteln. In Hochbeeten bauen sie gemeinsam mit den Schülern Gemüse und Kräuter an. Dadurch lernen die Schüler den Weg dieser Nahrung vom Anbau bis zum Verzehr. Die Schule verwendet Umweltpapier und bietet in der Kantine überwiegend vegetarische Gerichte an. Für das vorbildliche Verhalten erhält die Schule ein Preisgeld von 3.500 Euro

Nahwärme für die Nachbarschaft

Michael Putz aus Freyung hat eine Hackschnitzelheizung und eine 500 Meter lange Nahwärmeleitung errichtet. Er versorgt sein eigenes Haus sowie vier weitere Nachbargebäude, darun-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum 11. Bayerischen BreitbandForum von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

ter auch das Feuerwehrhaus der Stadt Freyung mit Wärme. Ein fünftes Gebäude soll noch an das Wärmenetz angeschlossen werden.

Zu der Heizanlage gehört eine Halle, in der Michael Putz das Brennmaterial lagert. Dabei handelt es sich um das Holz aus dem eigenen Wald. So hält er die Transportwege kurz. Für die Hackschnitzel verwendet er auch schadhaftes Holz, das anderweitig nicht mehr genutzt werden kann. In der Zukunft will Michael Putz eine Photovoltaikanlage auf dem Dach seiner Lagerhalle installieren, sodass die Heizanlage mit Solarstrom betrieben werden kann. Interessierten gibt Michael Putz seine Erfahrungen weiter und erfüllt damit eine Vorbildfunktion. Für sein Engagement erhält er ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro.

Schulprojekt „Plastikfreie Klasse“

Schülerinnen und Schüler der fünften Klassen des Johannes-Gutenberg-Gymnasiums aus Waldkirchen haben sich mit ihren Lehrkräften mit Plastik und Umweltschutz beschäftigt. Sie haben gelernt, wo im Alltag überall Plastik vorkommt und wie man dieses ersetzen könnte. Dafür haben sie Plakate gebastelt und im Schulgebäude aufgehängt. Auch außerhalb des Gebäudes engagieren sich Lehrkräfte und Schüler. Sie haben auf einer Streuobstwiese

se Raum für Bienen, Marienkäfer und weitere nützliche Insekten geschaffen und in diesem Zuge Insektenhotels auf dem Schulgelände verteilt. Es wurden Bäume gepflanzt, da sie CO2 binden und sich somit positiv auf das Klima auswirken. Gemeinsam mit den Lehrkräften beteiligten sie sich an der großen Abfallaktion Ramadama und sammeln Müll im Stadtpark und rund um das Schulgelände. Mit diesen Maßnahmen entwickeln die jungen Menschen eine Sensibilität für die Umwelt, die sie in ihre Familien tragen und so weitergeben. 3.500 Euro erhält die Schule für diese vorbildlichen Umsetzungen.

Schon jetzt für die nächste Runde bewerben

Der Bürgerenergiepreis wird in Niederbayern seit 2013 verliehen. Aber auch in den Regierungsbezirken Oberbayern, Unterfranken, Oberfranken und in der Oberpfalz werden jährlich Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet. Die Bewerbungen für den Bürgerenergiepreis können das ganze Jahr über eingereicht werden. Den Bewerbungsbogen gibt es im Internet unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis.

Teilnehmen können Vereine, Kindergärten, Schulen und Privatpersonen. Videos der bisherigen Sieger sind im Bayernwerk-Kanal auf YouTube zu finden.

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg

Energiedienstleistung



Kommunen kompetent erreichen: www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

Fahnen KÖSSINGER logo and contact info

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN. LEONET.DE logo

Highspeed-Internet der NetCom BW logo

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER Schnell. Stabil. Zukunftssicher. QR code

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER logo

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaupkapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410 phone icon

Unsere Grüne Glasfaser Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen logo and DSGVO, DSBA, LSI-Siegel, BSI Kommunal, CISIS12, Schulungen, eLearning

Kommunalberatung

KUBUS logo and contact info

Kommunale Immobilienentwicklung

Bayern Grund logo and text

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER: www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.akdb.de logo

Kommunalfahrzeuge

BUCHER municipal logo and text: Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER Telefon 08171 / 9307-12 steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL Telefon 08171 / 9307-10 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

List of Unimog suppliers: Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG, Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, KLMV GmbH

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank www.bayernlabo.de Bayern Labo logo

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf Kommunales Leasing für Mobilien und Immobilien www.kfb-reuth.de KFB logo

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung dekko-jochum logo and contact info: beratung · planung · vertrieb grünware · lichtschlauch · led